



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

39. Jahrgang

Heft 1

Januar 1987

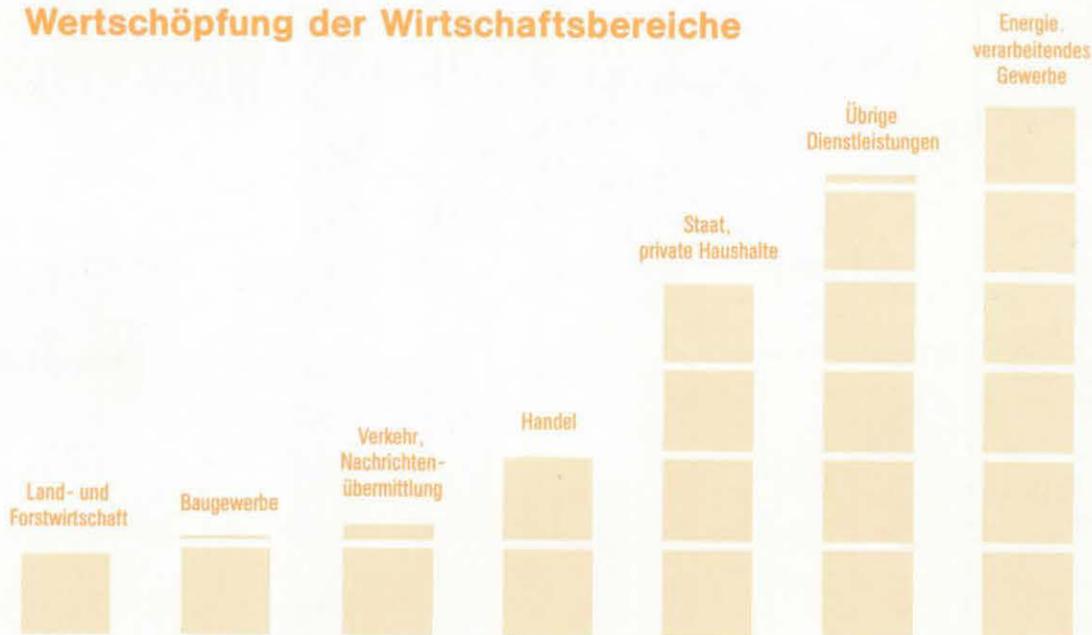
Grafik des Monats: Verarbeitendes Gewerbe

Aufsätze: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Arbeitskosten

Volkszählung 1987

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹		Oktober 1986		Januar bis Oktober 1986	
Beschäftigte	1 000	168	+ 0,4	167	+ 0,7
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	17	- 2,3	16	- 1,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	551	+ 3,1	541	+ 4,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 189	- 5,2	3 029	- 0,0
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 590	- 5,2	2 378	+ 0,1
Auslandsumsatz	Mill. DM	599	- 5,2	651	- 0,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 159	+ 17,3	1 663	- 3,8
aus dem Inland	Mill. DM	1 204	- 1,5	1 119	- 2,7
aus dem Ausland	Mill. DM	956	+ 54,3	544	- 5,9
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe ²		Oktober 1986		Januar bis Oktober 1986	
Beschäftigte	1 000	41	- 2,8	40	- 3,6
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	6	- 3,8	4	- 0,0
Lohn- und Gehaltssumme ³	Mill. DM	122	- 4,8	101	- 0,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	439	+ 2,6	353 ^a	+ 16,8
Auftragseingang ⁴	Mill. DM	194	- 5,6	221	+ 10,2
Baugenehmigungen ⁵		Oktober 1986		Januar bis Oktober 1986	
Wohnbau	Wohnungen	807	+ 21,2	698	- 3,6
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	588	+ 28,9	394	- 5,3
Einzelhandel		September 1986		Januar bis September 1986	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	109,6	+ 5,5	110,0	+ 2,1
Gastgewerbe		September 1986		Januar bis September 1986	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	126,7	+ 4,8	115,3	+ 2,5
Fremdenverkehr ⁶		Oktober 1986		Januar bis Oktober 1986	
Ankünfte	1 000	337	+ 4,1	289	+ 6,2
Übernachtungen	1 000	1 953	+ 7,4	1 664	+ 4,1
Arbeitsmarkt		Oktober 1986		Januar bis Oktober 1986	
Arbeitslose	Anzahl	102 197	- 8,1	114 858	- 1,8
Außenhandel		September 1986		Januar bis September 1986	
Ausfuhr	Mill. DM	790,1	- 4,9	778,8	- 6,8
Kredite ⁷		Oktober 1986		Januar bis Oktober 1986	
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 688	+ 3,7	9 932	+ 3,3
mittel- und langfristige Kredite ⁸	Mill. DM	46 724	+ 6,8	45 971	+ 6,6

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Ab Januar 1986 lohnsteuerpflichtige Bruttobezüge, daher Veränderungsdaten mit eingeschränktem Aussagewert

4) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

5) Nur Errichtung neuer Gebäude

6) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)

7) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

8) einschließlich durchlaufender Kredite

a) durch Großauftrag beeinflusst

INHALT 1/87

	Seite
Aktuelle Auslese	3
Aufsätze	
Die Sektoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	4
Die Arbeitskosten im produzierenden Gewerbe 1984	16
Volkszählung 1987	24
Grafik des Monats	12
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 7/1986

Öffentliche Wasserversorgung
Altersstruktur der Landwirte
Umsätze im verarbeitenden Gewerbe
Unternehmensergebnisse der HGZ
Kaufwerte für Bauland

Heft 8/1986

Kommunalwahl 1986 (Teil 2 und 3)
Außenhandel 1985
Bevölkerungsentwicklung 1985
Studenten im SS 1986

Heft 9/1986

Kommunalwahl 1986 (Teil 4)
Realsteuervergleich 1985

Heft 10/11-1986

Hochschulstatistiken
Bauwirtschaft
Fremdenverkehr

Heft 12/1986

Der Bundespräsident zur amtlichen Statistik
Einzelhandel
Wohngeld



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

39. Jahrgang

Heft 1

Januar 1987

Aktuelle Auslese



Günstige Entwicklung der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle

In den ersten acht Monaten des Jahres 1986 wurden 200 Ehen mehr geschlossen, 900 Kinder mehr geboren, und 500 Einwohner starben weniger als in den Monaten Januar bis einschließlich August des Jahres 1985. Auch bei den Säuglingssterbefällen setzte sich die günstige Entwicklung der Vorjahre fort. Es starben nur 124 statt der 133 Säuglinge der Vergleichsperiode, und das bei 6 % mehr Geborenen. Das deutet darauf hin, daß die Säuglingssterblichkeit des gesamten Jahres 1986 unter 8 je 1 000 Geborene fallen wird und somit auf das niedrige Niveau der skandinavischen Länder sinkt.

Die Umsatzentwicklung im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren entsprach genau dem Einzelhandelsdurchschnitt, im Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen lag sie knapp darunter.

Im Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art (- 4,2 %) — zu diesem Bereich gehören u. a. die Warenhäuser — sowie im Einzelhandel mit Kraftstoffen (- 18,4 %) waren die nominalen Umsätze geringer als im Vorjahr. In konstanten Preisen setzte der Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art allerdings 3,6 % mehr um als 1985. Dies ist auf die starke Verbilligung des Heizöls zurückzuführen.

Trotz der in diesem Jahr höheren Erlöse ging die Zahl der im Einzelhandel Beschäftigten im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober um 2,3 % zurück.



Einzelhandel im Aufwind

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres setzte der schleswig-holsteinische Einzelhandel 2,1 % mehr um als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Nach fünf mageren Jahren hat sich damit die Geschäftslage im Einzelhandel zum Positiven gewendet. Da sich elektrotechnische Erzeugnisse, Kraftstoffe und Heizöl gegenüber dem Vorjahr verbilligt haben, nahm der Umsatz in konstanten Preisen sogar um 3,0 % zu.

Den höchsten Umsatzzuwachs verbuchte der Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und Reifen. Er setzte im Zeitraum Januar bis Oktober 1986 nominal 14,0 % mehr um als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten erreichten auch der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (+ 5,4 %), mit elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 4,1 %) sowie mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (+ 3,8 %).



Weniger Schüler

Heute besuchen in Schleswig-Holstein 297 000 Schüler öffentliche und private allgemeinbildende Schulen (einschließlich vorschulischer Einrichtungen und Abendschulen). Das sind fast 15 000 oder 4,7 % Schüler weniger als im vorigen Jahr. Absolut (- 5 700) und relativ (- 10,7 %) am stärksten betroffen von diesem Rückgang sind die Hauptschulen. Aber auch in den Realschulen ist die Abnahme der Schülerzahl um 4 900 oder 7,7 % überdurchschnittlich hoch. Dagegen verläuft die Entwicklung in den Gymnasien mit 2 800 oder 3,8 % weniger Schülern etwas günstiger. Nahezu stabilisiert hat sich die Schülerzahl in den Grundschulen mit nunmehr 93 000 Schülern. Die Zahl der Schüler in Schulen für Behinderte ist weiter um 800 oder 5,7 % auf knapp 14 000 gesunken.

Die Sektoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Revision 1985

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) liefern zeitraumbezogene Daten für Regionen. Die Region muß nicht immer — wie es der Begriff nahelegen könnte — die gesamte Volkswirtschaft sein. Außer für die Bundesrepublik Deutschland gibt es solche Zahlenwerke auch für die Bundesländer und in Ansätzen sogar für Kreise und für Arbeitsmarktregionen. Dabei herrscht das Prinzip vor, daß die Summe der Teilregionen gleich dem Wert der Gesamtregion sein muß. Dies klingt zwar selbstverständlich, ist es aber nicht, wenn man bedenkt, daß unterschiedliche regionale Ebenen auch unterschiedliche Datenquellen und damit Abstimmungsmechanismen erfordern, die die Ergebnisse der Teilregionen dem regional übergeordneten Wert anpassen.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder werden von den Statistischen Landesämtern arbeitsteilig und nach einheitlicher Methode durchgeführt. Wo irgend möglich, werden die Berechnungsweise des Statistischen Bundesamtes übernommen, sie wiederum sind in internationale Methodenvereinbarungen eingebunden.

Eine Besonderheit Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ist, daß sich einmal errechnete Werte im Zeitablauf wieder ändern können, weil die benutzten Statistiken unterschiedlich früh anfallen. Einem späteren Berechnungsstand entspricht also auch eine verbesserte Information. Vorläufige Ergebnisse sind nötig, weil man auf die „endgültigen“ Zahlen nicht warten kann. Das Statistische Bundesamt präsentiert halbjährlich neue Zahlen (sog. Berechnungsstände) und ändert dann meistens auch die jüngsten, noch als „vorläufig“ ausgewiesenen Jahreswerte der Zeitreihe. Die Statistischen Landesämter versuchen, mit einer Änderung, also mit einem Berechnungsstand pro Jahr, auszukommen.

Darüber hinaus gibt es in größeren Abständen sog. Revisionen der gesamten Zeitreihe, wenn besonders wichtige neue Basisdaten einzuarbeiten sind oder, wie jetzt, sich das Preisbasisjahr für die Berechnung „in Preisen von ...“ ändert. Die jüngste Revision der Zeitreihe, die schon seit einiger Zeit für das Bundesgebiet bei 1960 und für die Länder bei 1970 beginnt, hat das Statistische Bundesamt mit dem Berechnungsstand Herbst 1985 in seiner jährlich erscheinenden Fachserie

vorgelegt¹ und in Aufsatzform beschrieben². Wichtigster Inhalt war die Einführung des Preisbasisjahres 1980. Die Statistischen Landesämter haben diese Revision inzwischen nachvollzogen und die Landesergebnisse gemeinsam veröffentlicht³. Die dort gebotenen Zahlen haben bereits den neueren Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Frühjahr 1986. Sie werden hier weitgehend mit Bezug auf 1983 kommentiert, das bislang jüngste „originär“ berechnete Jahr. Auf den aktuelleren Rand der Zeitreihe, also auf die Werte ab 1984, wird am Ende des Aufsatzes gesondert eingegangen.

Üblicherweise wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die deswegen auch als Dreiseitenrechnung bezeichnet werden, das Sozialprodukt von den drei möglichen Blickwinkeln aus betrachtet: dem seiner Entstehung, dem seiner Verteilung und dem seiner Verwendung. Die dabei benutzten Aggregate und Begriffe sind der Grafik zu entnehmen, die auch den rechnerischen Zusammenhang zwischen ihnen verdeutlicht. Im folgenden wird aber nicht nach den drei Seiten der Sozialproduktberechnung gegliedert, sondern nach den Sektoren des Wirtschaftskreislaufs, soweit das mit den Daten der Länderrechnung möglich ist. Für die Länder kann nämlich nicht, wie es für den Bund üblich ist, der gesamte Kreislauf als in sich geschlossenes, sogar kontenmäßig darstellbares System geboten werden, sondern es sind hier Einschränkungen der Ergebnisse in ihrer Vielfalt und auch in ihrer Tiefengliederung hinzunehmen. Die Grafik enthält die Summe aus allen Sektoren.

Unternehmen

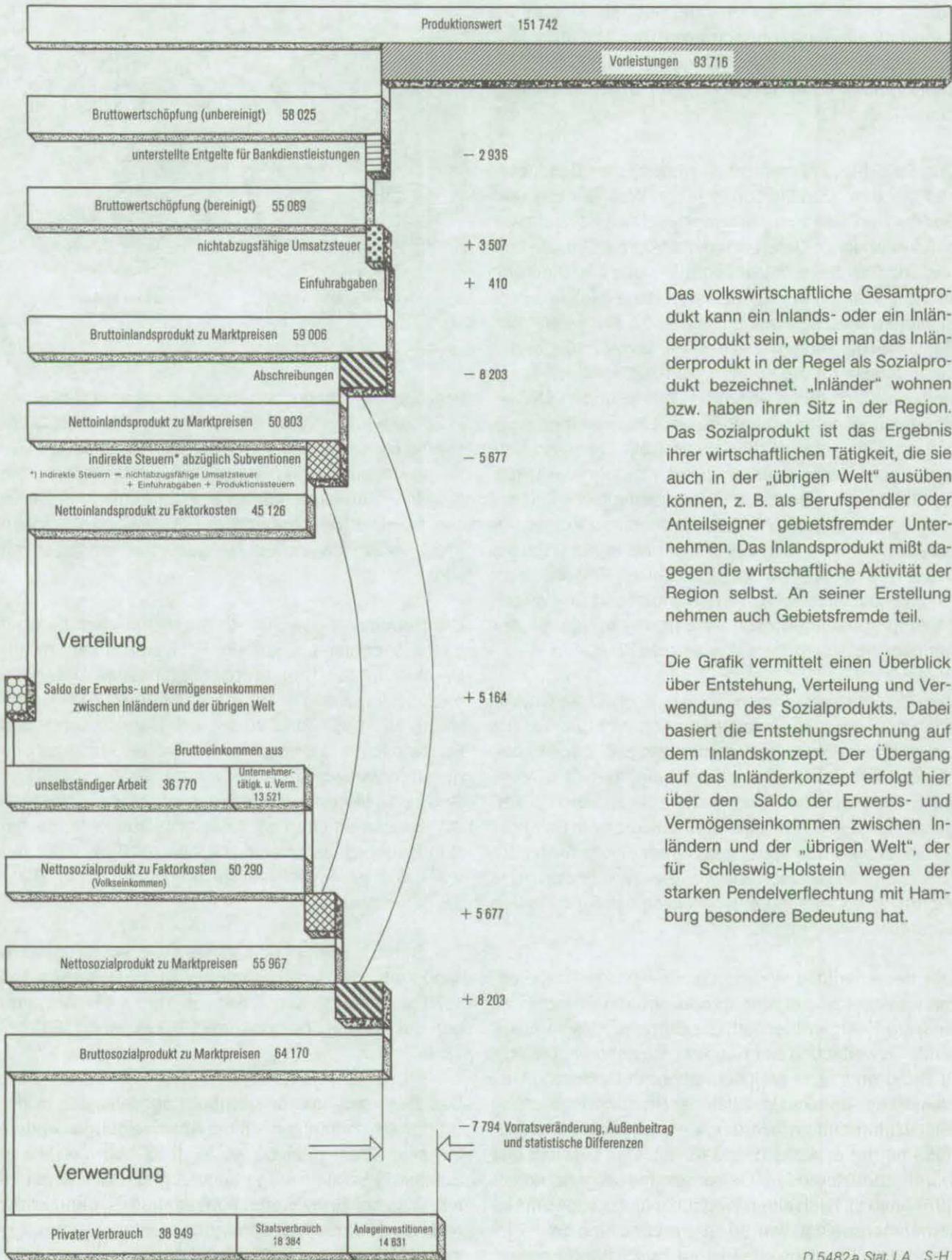
Die in Schleswig-Holstein wirtschaftlich tätigen Unternehmen erzeugten 1983 in ihren hiesigen Produktionsstätten Güter und Dienste in einem Gesamtwert von

- 1) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1, Konten und Standardtabellen, 1984, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Stuttgart und Mainz
- 2) H. Lützel und Mitarbeiter, Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1984, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1985
- 3) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 15: Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Revidierte Ergebnisse 1970 bis 1985, Stuttgart, September 1986

Sozialprodukt in Schleswig-Holstein 1983

in Millionen DM

Entstehung



Das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt kann ein Inlands- oder ein Inländerprodukt sein, wobei man das Inländerprodukt in der Regel als Sozialprodukt bezeichnet. „Inländer“ wohnen bzw. haben ihren Sitz in der Region. Das Sozialprodukt ist das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, die sie auch in der „übrigen Welt“ ausüben können, z. B. als Berufspendler oder Anteilseigner gebietsfremder Unternehmen. Das Inlandsprodukt mißt dagegen die wirtschaftliche Aktivität der Region selbst. An seiner Erstellung nehmen auch Gebietsfremde teil.

Die Grafik vermittelt einen Überblick über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts. Dabei basiert die Entstehungsrechnung auf dem Inlandsproduktkonzept. Der Übergang auf das Inländerprodukt erfolgt hier über den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der „übrigen Welt“, der für Schleswig-Holstein wegen der starken Pendelverflechtung mit Hamburg besondere Bedeutung hat.

D 5482a Stat. LA S-H

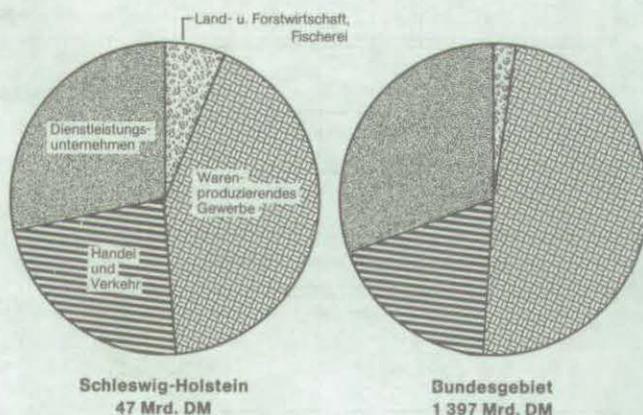
130 Mrd. DM (Bruttoproduktionswert). Abgesehen von selbsterstellten Anlagen, von Lagerbestandsveränderungen und von unternehmensinternen Lieferungen oder Leistungen ist der Bruttoproduktionswert weitgehend identisch mit dem Umsatz. Subtrahiert man die darin enthaltenen mehrfach gezählten Umsätze zwischen Unternehmen (Vorleistungen) von 83 Mrd. DM, dann verbleiben an (unbereinigter) Bruttowertschöpfung 47 Mrd. DM.

Das Adjektiv „unbereinigt“ ist wegen einer Besonderheit bei den Kreditinstituten nötig: Was Banken und Sparkassen als Produktionswert erzielen, ist nicht wie bei den anderen Unternehmen direkt als Umsatz faßbar, sondern besteht insbesondere aus der Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen. Dieser Teil des Produktionswertes der Kreditinstitute wird als „unterstellte Bankdienstleistungen“ bezeichnet. Vom Charakter her bedeuten sie für die Kunden der Kreditinstitute — soweit diese Unternehmen sind — Vorleistungen. Daß es sich tatsächlich ausnahmslos um Unternehmen handelt, wird zur Vereinfachung unterstellt. Diese Art Vorleistungen werden aber nur dem Unternehmenssektor als Ganzem zugerechnet. Eine wirtschaftliche Gliederung der Bruttowertschöpfung ist daher nur in ihrer unbereinigten Form möglich, bei der dann auch für die Kreditinstitute mit Hilfe der „unterstellten Entgelte“ Zahlen zu Produktionswert, Vorleistungen und Bruttowertschöpfung nachgewiesen werden, die mit denen der übrigen Wirtschaftsbereiche vergleichbar sind.

Zum Sektor Unternehmen rechnen auch Einheiten, die nach allgemeinem Sprachgebrauch nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden, wie z. B. Bauernhöfe, Handwerksbetriebe, Praxen der freien Berufe u. v. m. Auch die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, zählen unabhängig von ihrer Rechtsform zum Unternehmenssektor, ebenso die nichtgewerbliche Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der bedeutendste Wirtschaftsbereich des Unternehmenssektors ist das warenproduzierende Gewerbe, zu dem die Energiewirtschaft, der Bergbau, das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe gehören. Dies gilt in Bund und Land gleichermaßen, in Schleswig-Holstein ist der Bereichsanteil an der Bruttowertschöpfung aller Unternehmen allerdings geringer als im Bund. 1983 betrug er 43 % (Bund 49 %). Das Gewicht des warenproduzierenden Gewerbes hat abgenommen. 1970 hatte es noch einen Wertschöpfungsanteil am Unternehmenssektor von 48 % im Land und 58 % im Bund. Der Bereichsanteil ist im Bund stärker gesun-

Die unbereinigte Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors 1983 nach Wirtschaftsbereichen



ken, das Gewicht des warenproduzierenden Gewerbes in Schleswig-Holstein hat sich also dem Bundesdurchschnitt etwas genähert. Das warenproduzierende Gewerbe hat auch eine höhere Bruttowertschöpfung als die nicht zum Unternehmenssektor zählenden Bereiche Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck, auf die gesondert eingegangen wird.

Die Bedeutung der Dienstleistungsunternehmen hat seit 1970 deutlich zugenommen. Damals hatte dieser Bereich an der Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors einen Anteil von 22 % (Bund 20 %), 1983 waren es 31 % (Bund 30 %). Der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei hat eine umgekehrte Entwicklung genommen. Er hatte 1983 in Schleswig-Holstein immerhin noch einen Anteil von 6,3 % und damit den höchsten aller Bundesländer, im Bundesgebiet waren es nur 2,3 %. 1970 hatte der Anteil in Schleswig-Holstein noch 10,3 % und im Bund 3,8 % betragen.

Der Bereich Handel und Verkehr hat zur Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors zu einem seit 1970 recht konstanten Anteil von etwa 20 % beigetragen. Im Bund lag dieser Anteil 1970 wie auch 1983 bei 18 %.

Das Bestimmungswort „brutto“ sagt aus, daß in der Bruttowertschöpfung noch die Abschreibungen enthalten sind. Zieht man sie ab — 1983 betrug sie in Schleswig-Holstein aufgerundet 8 Mrd. DM und machten 16 % der Bruttowertschöpfung aus —, dann erhält man die Nettowertschöpfung des Unternehmenssektors. 1983 waren das 39 Mrd. DM.

Was die Unternehmen an Produktionssteuern an den Staat zahlten und was sie als Subventionen von ihm bekamen, wird in der Länderrechnung nur als Saldo veröffentlicht. Dieser Betrag (1983 nicht ganz 2 Mrd. DM) weicht von dem in der Grafik zur Dreiseitenrechnung genannten Saldo ab, weil auch die Nichtunternehmen gewisse Produktionssteuern (z. B. Kfz-St.) zahlen müssen und vor allem, weil der Saldo der Grafik auf die indirekten Steuern abstellt, also auf Produktionssteuern plus nichtabzugsfähige Umsatzsteuer und plus Einfuhrabgaben. Der Saldo aus Produktionssteuern und Subventionen fällt zwischen den Ländern sehr unterschiedlich aus, weil die stark subventionierten Wirtschaftszweige und auch die produktionssteuerträchtigen Branchen wie Mineralöl- oder Tabakverarbeitung regional ungleich gestreut sind. In Schleswig-Holstein hatte der Saldo aus Produktionssteuern und Subventionen einen Anteil an der Nettowertschöpfung des Unternehmenssektors von 4,7 %, im Bundesdurchschnitt waren es 5,0 %.

Ohne diesen Saldo ergibt sich im Unternehmenssektor Schleswig-Holsteins ein Betrag von 37 Mrd. DM, das ist die (unbereinigte) Nettowertschöpfung zu Faktorkosten. Dieser Betrag stellt die Entlohnung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital dar. 21 Mrd. DM oder 56 % davon standen als Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit den Arbeitnehmern des Unternehmenssektors zu. Dies sind die Bruttolöhne und -gehälter und die von den Arbeitgebern geleisteten Sozialbeiträge. Die übrigen 16 Mrd. DM werden als Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bezeichnet. Diese Restgröße besteht nicht nur aus Gewinnen und Fremdkapitalzinsen, sondern schließt auch die kalkulatorischen Posten Unternehmerlohn und Eigenkapitalverzinsung ein. Scheingewinne und -verluste werden ausgeschaltet, weil die Abschreibungen und die Vorratveränderungen zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet werden.

Es sei betont, daß beide Arten der Bruttoeinkommen — die aus unselbständiger Arbeit wie die aus Unternehmertätigkeit und Vermögen — für wirtschaftliche Tätigkeit in Schleswig-Holstein geleistet wurden, ohne daß die Empfänger — seien es Arbeitnehmer, selbständige Unternehmer, Sparer, Aktionäre oder sonstige Anteilseigner — auch in Schleswig-Holstein wohnen oder ansässig sein müssen. Umgekehrt fließt den schleswig-holsteinischen Unternehmen auch Einkommen aus Unternehmertätigkeit und aus Vermögen außerhalb des Landes zu.

Würde man diese Einkommenstransfers mit den übrigen Sektoren und mit der „übrigen Welt“ berücksichtigen

können, dann wären auch auf Länderebene Aussagen über den Beitrag des Unternehmenssektors zum Volkseinkommen möglich. Dieser Beitrag wären die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit. Um deren Bedeutung einordnen zu können, sei aus der Verteilungsrechnung des Bundes von 1983 ihr Anteil am Volkseinkommen von damals 5 % genannt. Die Einkommen der privaten Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit werden in voller Höhe als verteilte Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gewertet, also unabhängig davon, ob die Gewinne entnommen worden sind oder nicht.

Für die Länder ist eine so dezidierte Rechnung nicht möglich. Hier wird nur nachgewiesen, was allen inländischen Wirtschaftssubjekten an Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen letztlich zugeflossen ist — 1983 waren das für Schleswig-Holstein aufgerundet 14 Mrd. DM — und wieviel davon an die inländischen privaten Haushalte ging. 1983 waren das für die Schleswig-Holsteiner abgerundet 13 Mrd. DM. Die Differenz zwischen dem Gesamtwert aller Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und seiner weitaus größten Teilmenge bilden nicht nur die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, sondern auch die — in der Regel per Saldo negativen — Vermögenseinkommen des Staates, die ihm aus seiner Beteiligung an Unternehmen und nach Abzug der zu leistenden Zinsen auf die öffentliche Schuld zugerechnet werden.

In der Bundesrechnung werden für den Unternehmenssektor in der Verteilungs- und Umverteilungsrechnung noch weitere Ergebnisse nachgewiesen, so u. a. das verfügbare Einkommen, das in diesem Sektor, der ex definitione nicht konsumieren kann, mit seiner Ersparnis identisch ist. Dies ist die laufende, d. h. die aus der wirtschaftlichen Tätigkeit des Jahres entstandene Ersparnis der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie ist eine theoretische Rechengröße und als Residuum starken Schwankungen unterworfen, 1983 machte sie im Bundesgebiet 42 Mrd. DM aus. Saldiert man diesen Ersparnisbetrag um die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit — sie sind wegen Besonderheiten im Bereich Wohnungsvermietung seit Jahren negativ —, dann bleibt nur ein kleiner Bruchteil (1983 im Bund 3 %) dessen, was die Unternehmen brutto (d. h. ohne Saldierung mit den Abschreibungen) in Anlagen investieren.

Die Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen werden auch in der Länderrechnung nachgewiesen. 1983

**Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1983^a
für den Unternehmenssektor¹ in Milliarden DM**

	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein
Bruttoproduktionswert	3 860	129
- Vorleistungen	2 544 ^b	83
= Bruttowertschöpfung	1 316^b	47^c
- Abschreibungen	196	8
- Produktionssteuern an den Staat	89	3
+ Subventionen vom Staat	32	1
= Nettowertschöpfung	1 063^b	37^c
- Geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit	705	21
an private Haushalte	702	
an die übrige Welt	3	
- Geleistete Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	381	16
an den Staat	30	
an private Haushalte ²	325	
an die übrige Welt	27	
+ Empfangene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	88	.
vom Staat	37	
von privaten Haushalten ²	18	
von der übrigen Welt	32	
= Anteil am Volkseinkommen (Unverteilte Gewinne³)	64	.
- Direkte Steuern ³ an den Staat	30	.
- Soziale Leistungen ³	22	.
an private Haushalte	22	
an die übrige Welt	0	
- Sonstige laufende Übertragungen ³	48	.
an Unternehmen	12	
an den Staat	3	
an private Haushalte ²	32	
an die übrige Welt	1	
+ Sozialbeiträge ³ von privaten Haushalten	29	.
+ Sonstige laufende Übertragungen ³	50	.
von Unternehmen	12	
vom Staat	4	
von privaten Haushalten ²	33	
von der übrigen Welt	1	
= Verfügbares Einkommen/ Ersparnis³	42	.
- Bruttoinvestitionen	300	13
Anlageinvestitionen ²	302	
Vorratsveränderung	-2	
- Vermögensübertragungen	22	.
an Unternehmen	1	
an den Staat	5	
an private Haushalte ²	17	
+ Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	- 34	.
+ Abschreibungen ²	199	.
+ Vermögensübertragungen	61	.
von Unternehmen	1	
vom Staat	23	
von privaten Haushalten ²	37	
= Finanzierungssaldo	- 54	.

1) Produktionsunternehmen, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen
2) einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck
3) Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit

a) Berechnungsstand: Frühjahr 1986
b) Vorleistungen um unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen erhöht, Bruttowertschöpfung entsprechend vermindert
c) unbereinigte Ergebnisse

investierte der Unternehmenssektor in Schleswig-Holstein für 13 Mrd. DM, das sind 87 % der gesamten, also einschließlich der staatlichen Bruttoanlageinvestitionen. Es handelt sich um diejenigen Anlagen, die in Schleswig-Holstein errichtet wurden, unabhängig vom Unternehmenssitz des Investors. Zu 42 % waren es Ausrüstungen, zu den übrigen 58 % Bauten.

Die Zeitreihe der Unternehmensinvestitionen ist erwartungsgemäß stärkeren Schwankungen unterworfen. Für Schleswig-Holstein ist dennoch als Trend seit 1970 eine Zunahme des Landesanteils an den Investitionen des Unternehmenssektors im Bundesgebiet festzustellen. Dieser Anteil stieg von 3,4 % im Jahre 1970 auf fast durchweg über 4 % ab 1976. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins hatte seit 1970 einen Anteil am Bundeswert zwischen 3,4 und 3,7 %, auch das Sozialprodukt des Landes erreichte in diesem Zeitraum maximal 3,8 %.

Staat

Zum Wirtschaftssektor Staat zählen die Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden sowie die Sozialversicherungsträger. Zum gesamtwirtschaftlichen Produkt trägt dieser Sektor nahezu ausschließlich Dienstleistungen bei, die zum größten Teil unentgeltlich abgegeben werden. Sieht man von den Gebühren und Beiträgen ab, die insbesondere die Kommunen für spezielle Tätigkeiten verlangen, dann spielen Entgelte für Dienstleistungen eigentlich nur zwischen den Teilspektoren des Staates eine Rolle: Was kommunale und Landeskrankenhäuser im Gesundheitswesen leisten, stellen sie — soweit es sich um die gesetzliche Krankenversicherung handelt — den Trägern der Sozialversicherung in Rechnung. Diese wiederum geben die Gesundheitsleistungen an ihre Versicherten nach VGR-Definition unentgeltlich ab, weil auch die Versicherungsbeiträge nicht als Käufe der privaten Haushalte, sondern als laufende Übertragungen gebucht werden.

Der übrige Teil des Produktionswertes des Staates ergibt sich — anders als im Unternehmenssektor — additiv, ausgehend von der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten, die nichts anderes ist als die Summe der Löhne, Gehälter und Vergütungen der Staatsbediensteten oder, anders ausgedrückt, die Summe der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in diesem Sektor. Zählt man Produktionssteuern (im wesentlichen nur Kfz-Steuer) und Abschreibungen hinzu, erhält man die Bruttowertschöpfung. Addiert man die Vorleistungen, gelangt man zum Produktionswert des Staates.

Die Käufe des Staates für seine laufende Produktion sind bei den Kommunen, bei den Ländern und beim zivilen Bereich des Bundes aus dem Charakter ihrer Dienstleistungen heraus noch recht gut vorstellbar. Daß hierzu aber auch die Käufe für die sozialen Sachleistungen rechnen, bedarf, wie das Folgende, der besonderen Definition. Bei den Sozialversicherungsträgern zählen neben den bereits erwähnten Krankenhausleistungen auch die Käufe von Medikamenten und von Arztleistungen dazu. Außerdem wird im Bereich Verteidigung nach internationaler Übereinkunft der Erwerb militärischer Ausrüstungen und die Errichtung militärischer Bauten sofort und in voller Höhe in die Käufe für die laufende Produktion einbezogen. Im Verteidigungsbereich entsteht also kein abschreibungsfähiger Kapitalstock.

Wie im Unternehmenssektor gibt es auch beim Staat länderübergreifende wirtschaftliche Verflechtungen, insbesondere bei den Dienstleistungen des Bundes und der Sozialversicherungen. Auf die Probleme, die bei der Regionalisierung dieser Tätigkeiten für die Länderrechnung entstehen, wurde in einem Aufsatz in Heft 2/1986 dieser Zeitschrift eingegangen. Es sei hier wiederholt, daß die Zuordnung der wirtschaftlichen Tätigkeit sich nach dem Sitz der Behörden, Dienststellen und Kasernen richtet, sie also wie im Unternehmenssektor nach dem Ort der Produktion erfolgt.

An diesem Regionalisierungsprinzip liegt es vor allem, daß der Staatssektor in Schleswig-Holstein an der (unbereinigten) Bruttowertschöpfung aller Bereiche einen Anteil von fast einem Fünftel hat (1983: 18 %). Im Bundesdurchschnitt beträgt dieser Anteil nur 12 %.

Was in den schleswig-holsteinischen Arbeitsstätten des Staates 1983 an Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit entstand, betrug (unter Einschluß unterstellter Sozialbeiträge für die Beamten) aufgerundet 10 Mrd. DM. Das sind 30 % aller im Lande entstandenen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Bund: 20 %).

Der Staat erzielt zwar ex definitione aus seiner Produktionstätigkeit keine Gewinne, aber ihm fließen Vermögenseinkommen zu, die bei manchen Unternehmensbeteiligungen allerdings negativ sind. Rechnet man die vom Staat zu leistenden Vermögenseinkommen dagegen, nämlich die Zinsen auf die öffentliche Schuld, dann bleibt für das gesamte Bundesgebiet ein Anteil des Staates am Volkseinkommen, der seit Mitte des vorigen Jahrzehnts negativ ist und 1983 -19 Mrd. DM betrug. Für die Länder gibt es entsprechende Werte nicht.

Daß dieser Wert negativ ist, bedeutet für sich allein nicht etwa eine defizitäre Staatswirtschaft. In der VGR des Bundes werden zur Ermittlung des Finanzierungssaldos noch diverse laufende Übertragungen wie z. B. Steuern, Subventionen, Sozialleistungen und -beiträge hinzu- oder abgesetzt. Der Staatssektor des gesamten Bundesgebietes hatte danach 1983 ein verfügbares Einkommen von 350 Mrd. DM, das er zu 96 % für den Staatsverbrauch verwendete. Aus laufender Rechnung erzielte der Staatssektor 1983 wie auch in fast allen Jahren zuvor eine Ersparnis. Diese Ersparnis ist hier eine sich kreislauftheoretisch ergebende Größe und hat anderen Charakter als etwa die Ersparnis der privaten Haushalte. Daß der Finanzierungssaldo des Staatssektors (gesamtes Bundesgebiet) negativ ist, liegt daran, daß der Staat auch investieren muß.

Über Staatsverbrauch und staatliche Investitionen gibt es auch Länderwerte. Der Staatsverbrauch ist der Teil der staatlichen Produktion, der nicht gegen spezielles Entgelt verkauft wird:

*Staatliche Personalausgaben**

- + Abschreibungen
- + Produktionssteuern
- + Käufe für die laufende Produktion
- Verkäufe von Verwaltungsleistungen
- = Staatsverbrauch

**) ohne Löhne und Gehälter für selbsterstellte Anlagen*

Der Staatsverbrauch wird in der Länderrechnung nach obigem Schema direkt aus der Entstehungsrechnung entwickelt, er ist also ebenfalls danach regionalisiert, wo die vom Staat selbst verbrauchte Leistung produziert worden ist. Denkbar ist auch eine andere Regionalisierung, bei der stärker danach gegangen wird, welcher Region diese Leistungen zugute kommen. Weil für die direkte Zuordnung dieser Leistung Daten und Kriterien fehlen, wäre dies allerdings nur pauschaliert möglich (s. Aufsatz in Heft 2/1986 dieser Zeitschrift).

Bei der gewählten Regionalisierung ist es wegen der bereits genannten Besonderheiten nicht erstaunlich, daß der Anteil des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt 1983 in Schleswig-Holstein mit 29 % deutlich höher ist als im Bundesdurchschnitt (20 %). Er ist sogar der höchste unter den Bundesländern. Nimmt man nur die Teilsektoren Land und Gemeinden zusammen, dann liegt der Anteil am Bruttosozialprodukt mit 10 % im Bundesdurchschnitt.

Bei den staatlichen Investitionen liegt Schleswig-Holstein mit einem Anteil am Bruttosozialprodukt 1983 von nicht ganz 3 % nur wenig über dem Bundesdurchschnitt, weil die Besonderheit militärischer Standorte, in denen ja definitionsgemäß nicht investiert wird, hier nicht greift. In Schleswig-Holstein investierte der Staatssektor 1983 zu 12 % in Ausrüstungen und zu 88 % in Bauten.

Kirchen, Parteien, Verbände usw.

In der VGR nehmen die dort so genannten privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eine Sonderstellung ein. Es handelt sich um Kirchen, mildtätige Organisationen, Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Verbände, Institute usw., die — ohne zu ihm zu gehören — mit dem Staat gemeinsam haben, daß der Erwerbszweck fehlt, weil die Dienstleistungen unentgeltlich oder nicht kostendeckend abgegeben werden. Sie bestreiten ihre Aufwendungen — abgesehen von speziellen Entgelten, die sie z. B. als Träger von Krankenhäusern erhalten — zu einem wesentlichen Teil aus Beiträgen und Zuwendungen privater Haushalte. Ihr Produktionswert wird auf ähnliche Weise additiv wie beim Staatssektor ermittelt und häufig gemeinsam mit dem Produktionswert des Staates und auch dem der privaten Haushalte veröffentlicht.

Die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zahlen Einkommen an ihre Mitarbeiter, sie können aber, wie auch der Staat, aus Beteiligungen selber Vermögenseinkommen beziehen. Soweit das der Fall ist, werden diese Einkommen in der VGR gemeinsam mit den Einkommen der privaten Haushalte nachgewiesen.

Die Verbindung zum Sektor der privaten Haushalte gilt auch für den (Eigen-) Verbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, wobei diese Größe nicht so vernachlässigbar gering ist wie die Einkommen der Organisationen. Der Eigenverbrauch der Organisationen ist der nicht verkaufte Teil ihres Produktionswertes. Nicht nur deswegen hat er Ähnlichkeit mit dem Staatsverbrauch, sondern auch, weil der Staat manche dieser Werte selbst produzieren müßte, wenn es die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nicht täten. Andererseits hat auch ein großer Teil des Eigenverbrauchs der Organisationen den Charakter privaten Verbrauchs und unterscheidet sich von ihm nur dadurch, daß die privaten Haushalte hier in kollektiver Form, z. B. als Sportvereins- oder Kirchenmitglieder, als Verbraucher auftreten. Das in der VGR veröffentlichte Aggregat privater Verbrauch schließt den

Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck ein.

Was Verbände, Vereine, Kirchen usw. in Sachanlagen investieren, kann nicht gemeinsam mit den privaten Haushalten nachgewiesen werden, weil diese ex definitione keine Investitionen tätigen, selbst wenn sie langlebige Güter kaufen. Die Sachanlageinvestitionen der Organisationen ohne Erwerbszweck rechnen daher zum Unternehmenssektor.

Private Haushalte

Dem Sektor private Haushalte gehören alle natürlichen Personen an, die im Wirtschaftskreislauf als Arbeitnehmer, Unternehmer, Beamte, Anteilseigner oder auf sonstige Weise Einkommen erzielen. Die wirtschaftliche Tätigkeit dieser natürlichen Personen schlägt sich primär, d. h. in der Entstehungsrechnung, hauptsächlich in den VGR-Sektoren Unternehmen und Staat nieder. In geringem Umfang produzieren die privaten Haushalte aber auch sektorintern bestimmte Dienstleistungen, die man als „häusliche Dienste“ zusammenfaßt, die aber an der Bruttowertschöpfung einen so geringen Anteil haben, daß sie noch nicht einmal für die Bundesrepublik Deutschland getrennt nachgewiesen werden. Würde man allerdings auch die nicht marktbestimmten häuslichen Dienste z. B. der Hausfrauen fiktiv bewerten und mitrechnen, dann wäre sicherlich auch die Wertschöpfung der privaten Haushalte eine signifikante VGR-Größe.

Eine sogar überragende Bedeutung haben die privaten Haushalte dagegen in der Verteilungs- und in der Verwendungsrechnung, wo auch in der Länderrechnung nachgewiesen wird, was ihnen an Einkommen zufließt, was davon nach der Umverteilung für sie verfügbar blieb und wieviel sie davon für den privaten Konsum ausgaben. Daß die VGR-Zahlen für diesen Sektor auch die Werte für die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck enthalten, wurde bereits ausgeführt und wird im folgenden zur Vereinfachung nicht ständig neu erwähnt.

Das Volkseinkommen oder auch Nettosozialprodukt zu Faktorkosten fließt fast völlig den privaten Haushalten zu. Von den 50 Mrd. DM in Schleswig-Holstein im Jahre 1983 waren es wie in fast allen Jahren seit 1975 über 99 %. Zu 26 % waren es 1983 Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, zu den übrigen 74 % waren es Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit. Es handelt sich hier um die Einkommen der Schleswig-Holsteiner (Inländerkon-

zept), sie sind zu einem Teil auch durch wirtschaftliche Tätigkeit oder Vermögen außerhalb des Landes entstanden. Je Einwohner betrug das Volkseinkommen 1983 etwa 19 000 DM, 8 % weniger als im Bundesdurchschnitt.

Von den 50 Mrd. DM 1983 führten die privaten Haushalte 18 Mrd. DM oder 36 % direkte Steuern und Sozialbeiträge ab. Die verbleibenden Nettoerwerbs- und -vermögenseinkommen waren zu 63 % Nettolöhne und Nettogehälter. Als laufende Übertragungen — überwiegend in Form von Renten, Pensionen und Sozialleistungen — erhielten die privaten Haushalte 11 Mrd. DM, so daß sie auf ein verfügbares Einkommen von 43 Mrd. DM kamen. Als Anteil am entsprechenden Bundeswert sind das 4,1 % und damit fast so viel wie der Einwohneranteil des Landes am Bund (4,3 %). Das verfügbare Einkommen ist gegenüber 1970 wie das Bruttoeinkommen um etwa das Eineinhalbfache gestiegen, die direkten Steuern und Sozialbeiträge wie allerdings auch die empfangenen laufenden Übertragungen um weitaus mehr als das Zweifache.

Was die privaten Haushalte konsumieren, wird in einem von der Verteilungsrechnung völlig losgelösten Rechengang auf weitgehend additive Weise ermittelt, hauptsächlich anhand der Angaben über den Absatz der unmittelbaren Lieferanten der privaten Haushalte (Lieferbereiche). Dabei ist es schwierig, das Inländerkonzept streng durchzuhalten, weil insbesondere in kleineren Ländern mit Einkaufsmetropolen an der Landesgrenze ein großer Teil der privaten Nachfrage außer Landes befriedigt wird. Man ist hier auf Annahmen und Schätzungen angewiesen.

Der private Verbrauch wird als Aggregat der Verwendungsrechnung nachgewiesen. Es liegt nahe, durch Division mit dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte aus der Verteilungsrechnung die durchschnittliche Konsumquote zu errechnen. Allerdings ist diese Quote vergleichsweise schwächer abgesichert, weil Zähler und Nenner aus unterschiedlichen Konsistenzkreisen stammen. Immerhin läßt sich sagen, daß die privaten Haushalte Schleswig-Holsteins 1983 neun Zehntel ihres verfügbaren Einkommens für Konsumzwecke verwendeten. Der private Verbrauch hatte am Bruttosozialprodukt Schleswig-Holsteins 1983 einen Anteil von 61 %.

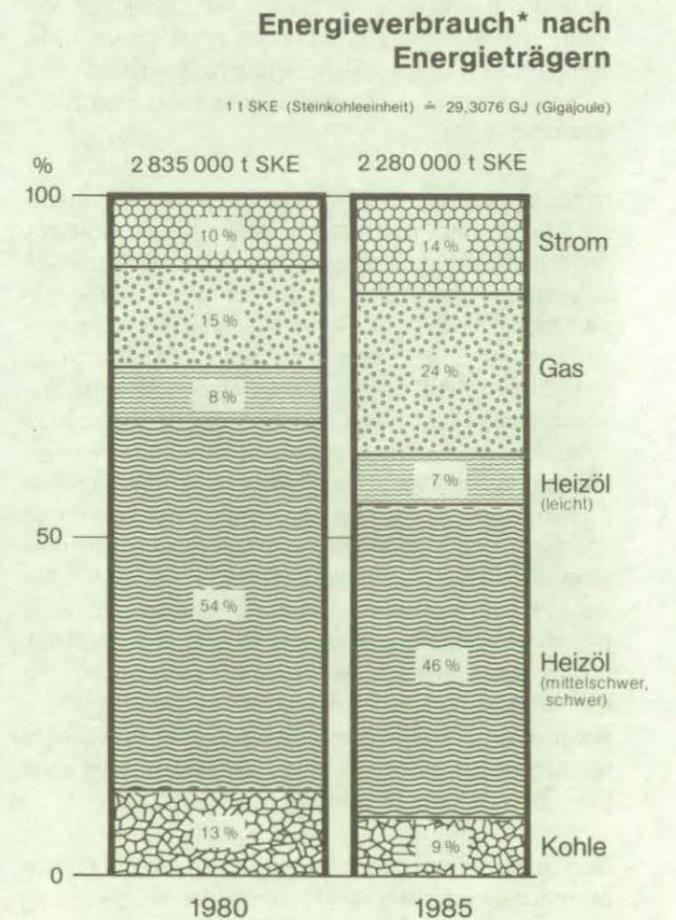
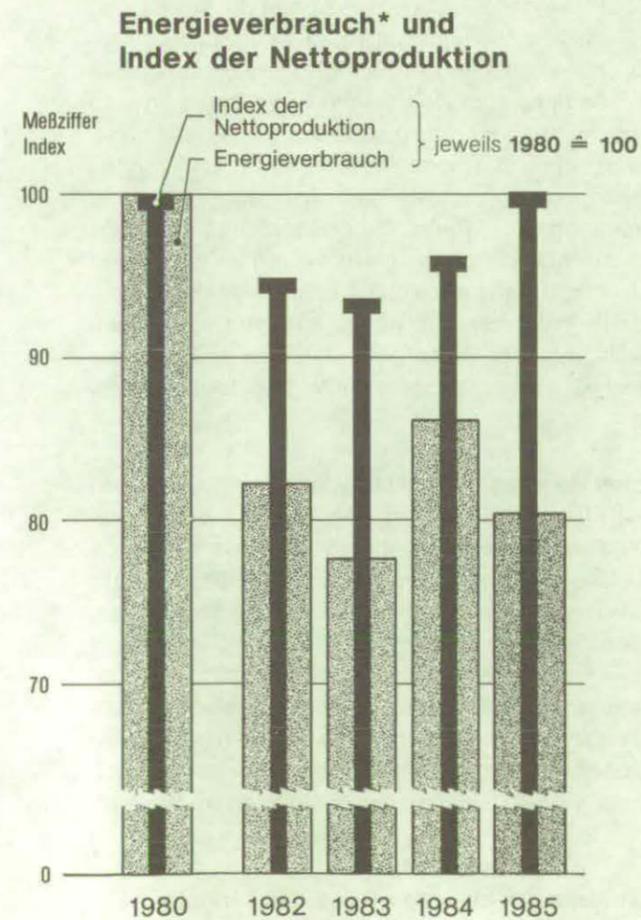
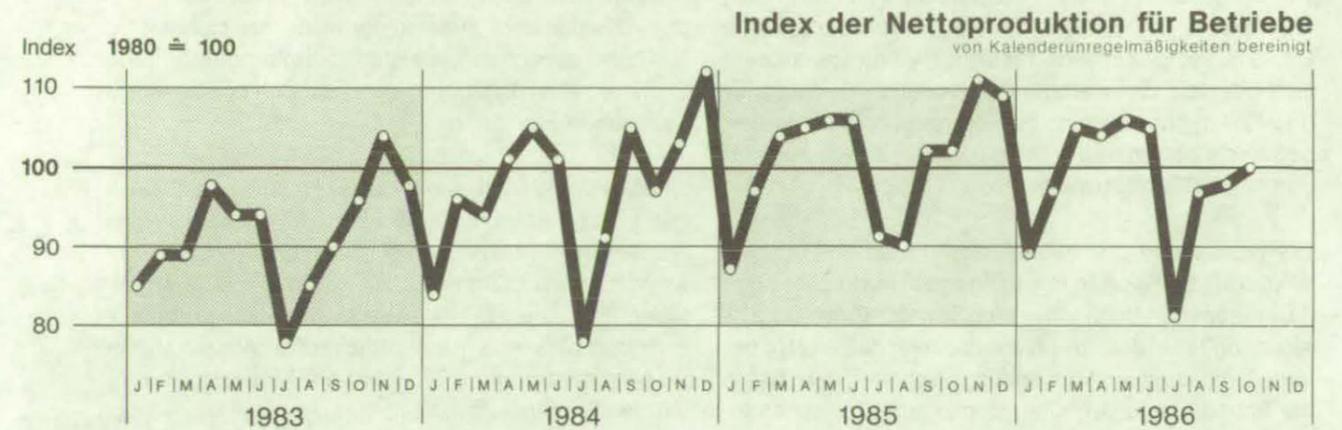
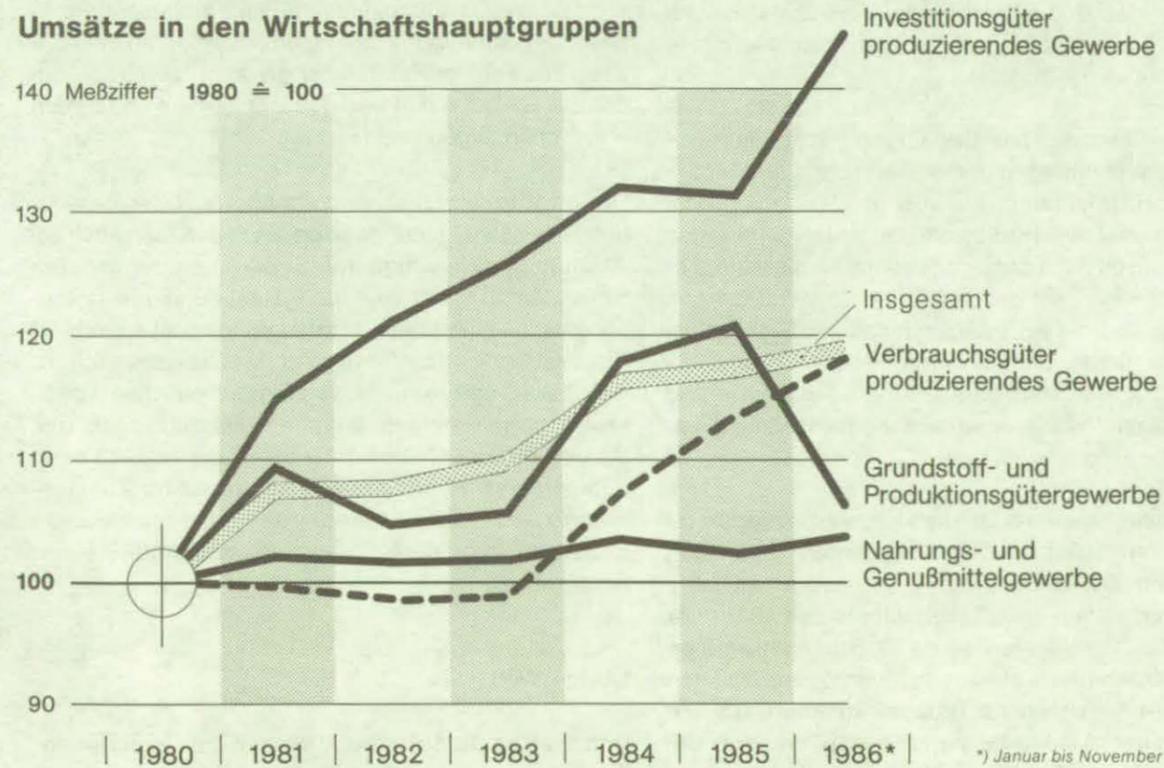
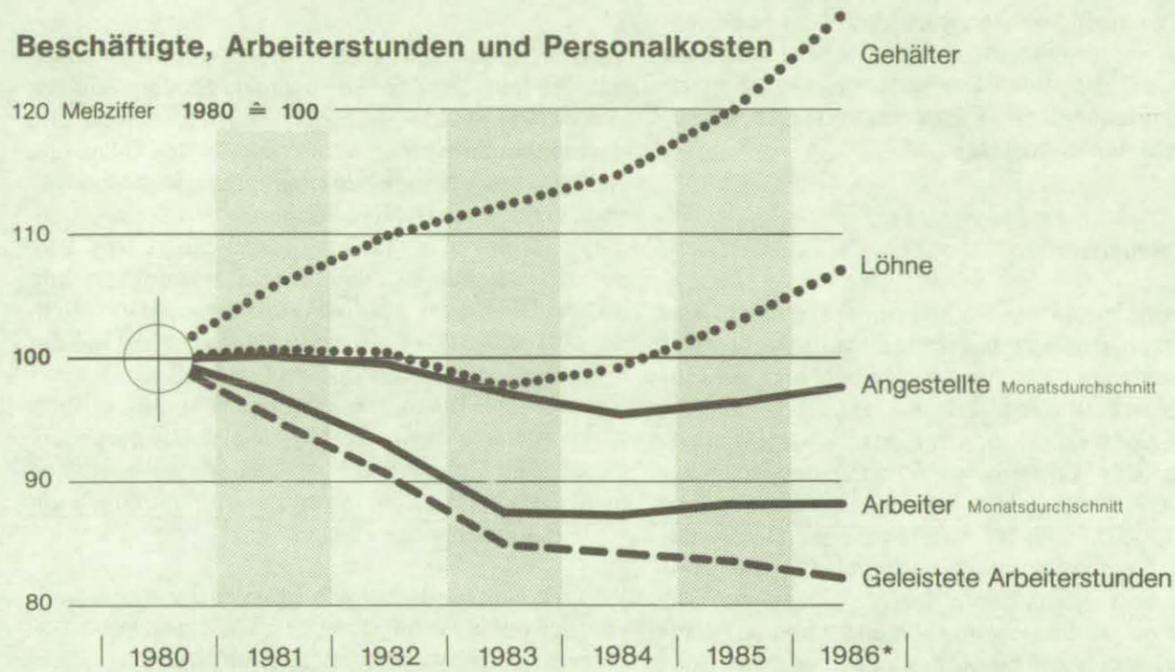
Übrige Welt

Daß man für die Außenbeziehungen der Region in der Länderrechnung den Begriff „übrige Welt“ benutzt, soll

ENTWICKLUNGEN IM VERARBEITENDEN GEWERBE

D 5582 Stat. LA S-H Grafik des Monats Januar 1987

EINSCHLIESSLICH BERGBAU
NUR BETRIEBE MIT IM ALLGEMEINEN 20 UND MEHR BESCHÄFTIGTEN



*) ohne in den betriebseigenen Anlagen erzeugten Strom, der über den Einsatz an Primärenergie (Kohle, Heizöl etc.) berücksichtigt wird; als Rohstoff verwendete Mengen sind enthalten, nicht jedoch die Einsatzkohle für die Koksherstellung

natürlich nicht heißen, daß das Land so bedeutend wäre, daß für alle anderen Regionen der Erde zusammen nur die sonst eher kleinere Restgrößen zusammenfassende Position „übrige“ nachbleibt. Der Grund ist vielmehr, daß der Begriff „Ausland“ — abgesehen von der gesamtdeutschen Problematik — in die Irre leiten könnte: Ein Großteil der für die Bundesrepublik Deutschland binnenwirtschaftlichen Vorgänge vollzieht sich über die Grenzen der Bundesländer hinweg, für die VGR der Länder sind das interregionale Beziehungen und insofern den Transaktionen mit dem Ausland und der DDR gleichzusetzen.

Die Darstellung der Außenbeziehungen zur übrigen Welt erschöpft sich in der Länderrechnung allerdings darin, daß man beim Übergang von der Entstehungsrechnung (Inlandskonzept) auf das Inländerkonzept der Verteilungs- und der Verwendungsrechnung den „Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt“ berücksichtigt. Man zieht also vom Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten die daraus den Nichtinländern zustehenden Faktoreinkommen ab und fügt umgekehrt die durch Erwerbstätigkeit oder Vermögen außerhalb des Landes entstandenen Einkommen zu. Dann erhält man das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten oder, anders ausgedrückt, das Volkseinkommen.

In der Länderrechnung wird dieser Rechenweg umgekehrt beschritten, weil nicht die interregionalen Einkommentransfers selbst, sondern — über Pendlerschätzungen und über Daten der Einkommen- und der Körperschaftsteuerstatistik — nur ihr Niederschlag bekannt ist, also das Einkommen der Inländer. Der „Saldo mit der übrigen Welt“ ist die rechnerische Differenz zwischen Volkseinkommen und Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten, also zwischen verschiedenen ermittelten Werten. Entsprechend geringer gesichert ist auch sein Aussagewert. Für Schleswig-Holstein hat er eine im Ländervergleich herausragende Bedeutung, weil sehr viele Schleswig-Holsteiner in Hamburg arbeiten. Der Saldo ist stets positiv gewesen, er betrug 1983 etwa 5 Mrd. DM, machte also immerhin gut ein Zehntel des Volkseinkommens aus. Allerdings erfordert es nicht nur der Rechengang, sondern auch die Datenlage zur Pendlerverflechtung, daß man diese Zahl mit Vorsicht betrachtet. Die bevorstehende Volkszählung wird auch hier größere Klarheit bringen.

Auch in der Verwendungsrechnung finden die Außenbeziehungen der Region ihren direkten Niederschlag nur im bereits beschriebenen Einkommenssaldo mit der übrigen Welt, denn der stellt die Differenz dar auch zwischen Bruttoinlands- und Bruttosozialprodukt. Als

Bestandteile des Bruttosozialprodukts werden für die Länder nur der private und der staatliche Konsum sowie die staatlichen und unternehmerischen Anlageinvestitionen nachgewiesen. Der Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Im- und Export, wird mit den Vorratsveränderungen und der statistischen Differenz im sog. „Restposten“ zusammengefaßt, der sich als Unterschied zwischen dem Bruttosozialprodukt und der Summe seiner Teilaggregate Verbrauch und Anlageinvestitionen ergibt.

In Schleswig-Holstein war dieser Restposten stets negativ. Das darf nicht zu dem Schluß verleiten, daß die Schleswig-Holsteiner „von der Substanz“ (negative Vorratsveränderung) und/oder auf Kosten der übrigen Welt leben. Für eine nationale Volkswirtschaft mit einem in sich geschlossenen, auf einheitlicher Wirtschaftsverfassung beruhenden System von Transferzahlungen würde ein negativer Außenbeitrag bedeuten, daß sich die Nettoauslandsposition verschlechtert hat, also die Forderungen an das Ausland ab- oder die Auslandsverschuldung zugenommen hat. In einem Bundesland wie Schleswig-Holstein gilt das wegen der Vernetzung des Sozialversicherungssystems und der Staatseinnahmen und -ausgaben mit dem übrigen Bundesgebiet nicht. So hätte zum Beispiel ein Bundesland, in dem die gesamte, sehr produktionssteuerträchtige Mineralölverarbeitung stattfände, in Höhe der in den Exporten enthaltenen, preisüberwältigten Mineralölsteuer einen einkommensirrelevanten Exportüberschuß. Was das Bruttosozialprodukt an vergleichsstörenden Elementen noch enthält, kann auch den Aussagewert des Außenbeitrages verfälschen. Allerdings ist nicht dies, sondern die völlig fehlende Datenbasis der Grund dafür, daß der Außenbeitrag in der Länderrechnung nicht veröffentlicht wird.

Daß der Restposten für Schleswig-Holstein seit Jahren negativ und relativ hoch ist, liegt vor allem an der produktionsorientierten Regionalisierung des Staatsverbrauchs, weil in Schleswig-Holstein weitaus mehr staatliche Dienstleistungen produziert und bei diesem Regionalisierungskonzept auch als dort verbraucht nachgewiesen werden, als es dem Anteil seiner Einwohner am Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland entspricht. In gleichem Maße, wie man bei anderer Regionalisierung zu einem geringeren Staatsverbrauch gelangt, würde sich auch der Restposten vermindern.

Ergebnisse am aktuellen Rand der Zeitreihe

Die bisher dargestellten Ergebnisse bezogen sich auf eine Zeitreihe, deren jüngstes Jahr 1983 schon etwas

zurückliegt. Aus der Verteilungs- und aus der Verwendungsrechnung gibt es nur teilweise aktuellere Daten. Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt dagegen sind in unterschiedlich abgesicherter Form und mit noch vorläufigen Ergebnissen auch für 1984 und 1985 schon berechnet worden. Für 1986 wird ein erstes Ergebnis im Februar oder März 1987 vorgelegt werden. Diese Berechnungen unterscheiden sich von der sog. „Originärberechnung“ dadurch, daß die Vorjahreswerte der einzelnen Wirtschaftsbereiche mit für sie symptomatischen Reihen wie Umsatz, Beschäftigte, Stundenvolumen u. a. „fortgeschrieben“ werden.

Die Gründe für diese Vorwegberechnungen wurden eingangs dargelegt. Das Interesse der Statistikbenutzer richtet sich dabei vor allem auf aktuelle Zahlen über das wirtschaftliche Wachstum, also auf preisbereinigte Zahlen. Für die Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Bundesländern steht der reale Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Vordergrund. In der letzten Zeit sind häufiger auch regionale Unterschiede im wirtschaftlichen Wachstum diskutiert worden. Den bisher dargestellten, in jeweiligen Preisen ausgedrückten Ergebnissen der jüngsten VGR-Revision sei deshalb hinzugefügt, wie sich — in Preisen von 1980 — das reale Bruttoinlandsprodukt seit 1970 entwickelt hat. Dies war — als vorgezogener Teil der Revision — von den Ländern schon früher berechnet und für Schleswig-Holstein als Statistischer Bericht P 1 I im Juni 1986 veröffentlicht worden.

Durchschnittliche jährliche Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1980

Zeitraum ¹ von ² ... bis ...	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet ³
1970 - 1985	2,3	2,2
1970 - 1975	3,3	2,1
1975 - 1985	1,8	2,3

¹ Ab 1983 vorläufige Werte; Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Frühjahr 1986

² Das Anfangsjahr geht nur als Bezugsjahr (für das zweitälteste Jahr) in die Durchschnittsbildung ein

³ einschließlich Berlin (West)

Ein Vergleich des durchschnittlichen Wirtschaftswachstums von 1970 bis 1985, bei dem Schleswig-Holsteins Wert über dem Bundesdurchschnitt lag, mit dem des Zeitraumes 1975 bis 1985 (Schleswig-Holstein unter dem Bundesdurchschnitt) zeigt, daß in der ersten Hälfte der 70er Jahre Schleswig-Holstein gegenüber dem Bund einen Wachstumsvorsprung hatte. Der ist aller-

dings in der ersten Hälfte der 80er Jahre wieder verlorengegangen. Eine der Ursachen dafür ist die strukturelle Anpassung, die sich während der letzten Jahre in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und im Schiffbau vollzogen hat. Eine andere Ursache ist, daß die stärker binnenwirtschaftlich ausgerichtete Wirtschaft Schleswig-Holsteins nicht so wie die anderer Bundesländer von der stark exportgetragenen Konjunktur der letzten Jahre profitiert hat. Von den Wachstumsraten der Vergangenheit kann daher nicht ohne weiteres auf künftige Unterschiede im Wachstumstempo zwischen Land und Bund geschlossen werden.

Der Regionalvergleich brachte auch schon vor der Revision, also noch in Preisen von 1976, ähnliche Ergebnisse, soweit es die Jahre bis 1983 betraf. Für 1984 war der revidierte Wert des realen BIP-Zuwachses deutlich niedriger. Dies lag allerdings weniger an der neuen Preisbasis als vielmehr an der Aktualisierung der Fortschreibung, die mit der Revision einherging.

Die Berechnung der vorläufigen Ergebnisse für 1984 bis 1986 und vermutlich auch die für die Folgejahre bereitet einige Probleme. Für 1984 gelten die Schwierigkeiten in dieser Form nur für Schleswig-Holstein. Damals nämlich war das Kernkraftwerk Krümmel erstmals voll am Netz und bewirkte eine enorme Erhöhung der Stromproduktion in Schleswig-Holstein. Die am output orientierte Fortschreibung der Bruttowertschöpfung hatte zunächst auf eine entsprechende Zunahme auch der Wertschöpfung des Energiesektors schließen lassen. Speziell für diesen Sektor mußte dann aber eine stärker preisdifferenzierende Methode eingeführt werden, d. h. man unterschied zwischen der reinen Produktion von Strom einerseits und der Produktion plus Verteilung von Strom andererseits, weil reine Stromproduzenten wie Krümmel für ihre Erzeugung wesentlich weniger Erlösen, als die Stromverteiler von ihren Tarifabnehmern erhalten. Danach ergab sich eine deutlich geringere Zunahme der Bruttowertschöpfung der Energiewirtschaft und ein BIP-Zuwachs von real 3,6 %. Die noch nicht abgeschlossene, aber für den Energiesektor schon durchgeführte Originärberechnung für 1984 läßt erwarten, daß dieser Wert immer noch etwas zu hoch ist. Für 1985 bedeutet der relativ hohe Stand von 1984 einen Basiseffekt: Das reale BIP war demgegenüber um nur noch 0,3 % höher.

1986 ging in Brokdorf ein weiteres großes Kernkraftwerk ans Netz. In der ersten, voraussichtlich Ende Februar 1987 vorliegenden Fortschreibung für 1986 wird sich das noch nicht ausgewirkt haben, weil dann nur die ersten neun, allenfalls zehn Monate des Jahres der Vergleichsmaßstab sind.

Was aber sehr viel schwerer einzuschätzen sein wird — nicht nur in Schleswig-Holstein —, ist die enorme Veränderung des Verhältnisses von Produktionswert zu Vorleistungen in vielen Bereichen durch die gesunkenen Rohölpreise. Es gibt Branchen wie die Mineralölverarbeitung oder die Chemie, in denen die Bruttowertschöpfung 1986 trotz gesunkener Umsätze sogar kräftig gestiegen sein kann, weil auch die Vorleistungen sehr viel günstiger eingekauft wurden. Wenn die Rohölpreise in den nächsten Jahren wieder kräftiger steigen sollten, wird sich das Problem in umgekehrter Richtung stellen. Bei sektoral so stark differierender Preisentwicklung wie 1986 kommt es darauf an, daß auch die Deflatoren in so genügender Vielfalt zur Verfügung stehen, wie es für die Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zwischen den Ländern erforderlich ist.

Schon aus diesen hier skizzierten Sachverhalten ist erkennbar, daß die kurzfristigen Veränderungen des realen BIP vor allem bei kleineren Ländern stark von regionalen Besonderheiten geprägt sein können, die es zu beachten gilt. Der ersten Schätzung des BIP-Zuwachses wird trotz aller Hinweise auf den vorläufigen Charakter häufig ein zu hoher Genauigkeitsgrad beigemessen. Das Interesse an der Wachstumsrate ist umso höher, je kürzer das Jahr zurückliegt. Für die Zuverlässigkeit der Zahl gilt dieser zeitliche Zusammenhang aber leider gerade nicht. Schon Anfang 1987 werden die BIP-Werte ab 1983 aktualisiert werden müssen, damit die für das Bundesgebiet bereits im Herbst 1986 durchgeführte Änderung nachvollzogen wird.

Bernd Struck

Die Arbeitskosten im produzierenden Gewerbe 1984

Unter den verschiedenen Kostenarten, die in Unternehmen anfallen, nehmen die Personalkosten eine hervorgehobene Stellung ein. Ihnen wird das mit Abstand größte Interesse gewidmet, sei es durch die regelmäßig anstehenden Tarifverhandlungen oder Diskussionen über Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich, zwischen Branchen oder zwischen konkurrierenden Unternehmen. Die Personalkosten und insbesondere Personalnebenkosten stehen auch im Brennpunkt, wenn über Schwarzarbeit und „Schattenwirtschaft“ gesprochen wird.

Die Wirkung der Personalkosten in einer Volkswirtschaft ist ambivalent. Einerseits haben sie als Kostenfaktor großes Gewicht, andererseits bestimmen sie als Hauptbestandteil der Einkommen die Nachfrage. In dieser Betrachtung soll das Augenmerk dem ersten Gesichtspunkt zugewandt werden.

Um Höhe und Zusammensetzung der Personalkosten zu ermitteln, wird vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft (SAEG) seit 1966 in dreijährigem Turnus eine Erhebung über die Personal- und Personalnebenkosten der Unternehmen im produzierenden Gewerbe, im Handel, bei Banken und Versicherungen durchgeführt. Die Ergebnisse werden für die Zeit zwischen den Erhebungen vom SAEG laufend aktualisiert. Da die vorhergehende Erhebung 1981 stattfand, wur-

den für 1982 und 1983 also fortgeschriebene Werte bereitgestellt. Zur Zeit wird im Statistischen Bundesamt an einem verfeinerten System zur jährlichen Fortschreibung der Ergebnisse der EG-Erhebungen gearbeitet. Daneben werden von Gremien der Wirtschaft, insbesondere vom Institut der deutschen Wirtschaft, Schätzungen über die Entwicklung der Personal- und Personalnebenkosten vorgelegt.

Für die Organisation und Durchführung der Erhebung sind die nationalen statistischen Ämter zuständig. Die für 1984 angeordnete Arbeitskostenerhebung wurde auf der Rechtsgrundlage der Verordnung (EWG) Nr. 3149/83 des Rates vom 4. November 1983 durchgeführt. Die Arbeitskostenerhebung ist eine notwendige Ergänzung der laufenden Verdiensterhebungen in der Industrie, dem Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen, deren Ergebnisse auf die Bruttoverdienste beschränkt sind. Darüber hinaus dient diese Statistik einer Vervollständigung der Kostenstrukturerhebung.

Diese Befragung ist eine Stichprobenerhebung, bei der lediglich ein Teil der Unternehmen aufgrund eines mathematisch-statistischen Auswahlverfahrens zur Auskunft herangezogen wird. In Schleswig-Holstein beträgt der durchschnittliche Auswahlatz 21,3 %, im gesamten Bundesgebiet lediglich 14,8 %. In Schleswig-Holstein muß der Auswahlatz höher liegen, da hier

einerseits die Grundgesamtheit der heranziehbaren Unternehmen relativ gering ist, andererseits jedoch sichergestellt werden soll, daß die Ergebnisse etwa den gleichen Repräsentationsgrad haben wie in anderen Bundesländern.

Die Arbeitskostenerhebung 1984 setzt sowohl im Erhebungsumfang, im Erhebungsbereich und in den Erhebungsmerkmalen die Zählung von 1981 fort. Einbezogen wurden in Schleswig-Holstein 1 332 Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten, darunter 689 des produzierenden Gewerbes. Unternehmen mit 1 000 Beschäftigten und mehr wurden vollzählig in die Stichprobe einbezogen, kleinere Unternehmen hingegen mit einem geringeren Auswahlatz, wobei die 1981 befragten Unternehmen unter Berücksichtigung des Rotationsprinzips möglichst nicht erneut herangezogen wurden. Die folgenden Erläuterungen beziehen sich auf die umfassenderen Angaben von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten. Differenzierte Angaben nach Betriebsgrößenklassen können bei Bedarf erfragt werden.

Nicht in die Erhebung einbezogen wurden Angestellte, die Unternehmerfunktionen ausüben und die ausschließlich auf Provisionsbasis tätig sind, sowie Heimarbeiter, Auszubildende, Volontäre und alle sonstigen Personen, deren Arbeitsverhältnisse mehr auf Ausbildung als auf unmittelbare Arbeitsleistung ausgerichtet sind, gelten nicht als Arbeitnehmer im Sinne der Erhebung zu den Personal- und Personalnebenkosten.

Erfragt wird neben der Tätigkeit des Unternehmens die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten, unterschieden nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten sowie Auszubildenden. Weiterhin sind im Summenverfahren anzugeben die Löhne und Gehälter für das Unternehmen und aus diesen die Verdienste ausgewählter Arbeitnehmergruppen, die dem nicht direkt produktiven Bereich des Unternehmens angehören, wie z. B. Ausbildungspersonal und Beschäftigte im Gesundheitsdienst. Aber auch Auszubildende werden dem nicht produktiven Bereich zugerechnet. Aus der Lohn- und Gehaltssumme auszugliedern sind Sonderzahlungen wie vermögenswirksame Leistungen, zusätzliches Urlaubsgeld und Jahresabschlußzahlungen sowie Gehaltsfortzahlungen für Tage, an denen nicht gearbeitet worden ist (Urlaubstage, Krankheitstage bis zur 6. Krankheitswoche, gesetzliche Feiertage).

Neben Löhnen und Gehältern hat jedes Unternehmen Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung zu entrichten und Beiträge zu Berufsgenossenschaften zu leisten. Von vielen Unternehmen, besonders von Groß-

unternehmen, können auch Angaben zu Aufwendungen für betriebliche Altersversorgung und sonstige Vorsorgeeinrichtungen gemacht werden. Seltener entstehen den Unternehmen Unterstützungsaufwendungen wie zusätzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall, Beihilfen bei Krankheit oder Kur, Wohnungsfürsorge und Familienunterstützungen. Schließlich sind im Rahmen der Arbeitskostenerhebung noch Angaben zu sonstigen Personalaufwendungen zu machen. Hierzu zählen Sach- und Fremdkosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung, wie z. B. Kosten für einen Lehrgang, den Betriebsangehörige besucht haben. Auch Sach- und Fremdkosten für Einrichtungen des betrieblichen Gesundheitsdienstes und für Belegschaftseinrichtungen werden den Personalkosten subsumiert. Des weiteren werden hier Entlassungsschädigungen, Auslösungen und Trennungsschädigungen, Verpflegungszuschüsse und Wegzeitvergütungen, Naturalleistungen sowie sonstige gesetzlich vorgeschriebene Aufwendungen erfaßt. Diese setzen sich zusammen aus Aufwendungen für die Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz und für Zuschüsse zum Mutterschaftsgeld sowie die gesetzlich angeordneten Umlagen für das Konkursausfallgeld und die Winterbaumlage. Diese Werte des betrieblichen Rechnungswesen sind die Daten der Arbeitskostenerhebung.

Kriterium für die Zuordnung zu Arbeitern oder Angestellten ist die Art der Rentenversicherung. Die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten im Jahresdurchschnitt wird aus den Werten für 12 Stichtage des Erhebungsjahres 1984 ermittelt. Teilzeitbeschäftigte werden entsprechend der durchschnittlichen Arbeitszeit der Teil- und Vollbeschäftigten in Vollbeschäftigte umgerechnet. Als geleistete Arbeitsstunden zählen bei Arbeitern die Zeiten innerhalb der Arbeitsstätte oder auf der Arbeitsstelle, vermindert um die allgemein festgelegten Ruhepausen. Bei Angestellten wird von der tariflichen oder betriebsüblichen Arbeitszeit ausgegangen, abzüglich der gezahlten Urlaubs- und gesetzlichen Feiertagsstunden. Die aus erhebungstechnischen Gründen pauschale Arbeitszeitangabe für Angestellte führt im Vergleich zu den Arbeitern zu tendentiell höheren Arbeitszeitwerten. In den Bereichen Handel, Banken und Versicherungen wird nicht nach Arbeitern und Angestellten differenziert.

Die Struktur der Personalkosten

Die Arbeitskosten oder auch Personalkosten werden in der amtlichen Aufbereitung der erhobenen Daten in die beiden Hauptbestandteile „Entgelt für geleistete Arbeit“

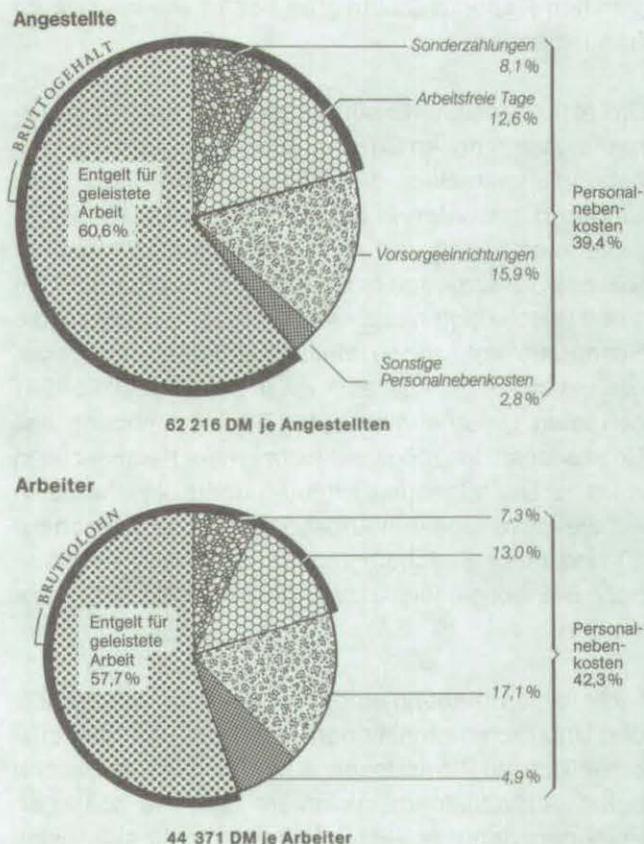
und „Personalnebenkosten“ unterteilt. Mit dieser Aufteilung folgt das Statistische Bundesamt den Empfehlungen und der Darstellungsweise der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften. Dabei kommt dem Entgelt für geleistete Arbeit deshalb zentrale Bedeutung zu, weil es Bezugsgröße in der tabellarischen Auswertung ist. Dieses Entgelt ist kein erhobener Wert, der in der Praxis einer Verdienstabrechnung geläufig wäre, sondern es wird theoretisch gebildet, ist somit wenig bekannt und gibt Anlaß zu vielfältigen Mißverständnissen und Fehlinterpretationen. Zur Definition dieses Begriffes wird am besten vom Bruttoverdienst ausgegangen, einer allseits bekannten Größe. Der Bruttoverdienst ist zum einen um alle Sonderzahlungen zu bereinigen, die nicht laufend gezahltes Entgelt darstellen. Die am meisten verbreiteten Sonderzahlungen sind Gratifikationen, 13. oder 14. Monatsgehalt und Erfolgsbeteiligungen. Zum anderen werden aus dem Bruttoverdienst zeitliche Abgrenzungsposten ausgegliedert. Diese umfassen die Fortzahlung der laufenden Verdienste bei Urlaub, im Krankheitsfall sowie an gesetzlichen Feiertagen und für sonstige Ausfallzeiten.

Auch nach dieser Abgrenzung bleibt das Entgelt für geleistete Arbeit noch wenig konkret. Etwas anschaulicher wird es, wenn statt der absoluten Summe das Entgelt pro Stunde gesehen wird. Das Entgelt für geleistete Arbeit kann dann definiert werden als der **laufend gezahlte Verdienst bezogen auf die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden**.

Aber noch nicht einmal der Lohn- oder Gehaltsempfänger selber könnte sein Entgelt für geleistete Arbeit angeben — auch nicht, wenn die laufenden Verdienste übers Jahr gleichbleiben —, weil ihm die zeitlichen Abgrenzungsposten unbekannt sind. Größere Anschaulichkeit vermögen auch die anstelle des Entgelts für geleistete Arbeit häufig gebrauchten Begriffe „Direktlohn“ oder „erster Lohn“ nicht zu vermitteln. Diese Bezeichnungen sind sogar eher geeignet, die Verwirrung zu steigern. Die bisherige Darstellung hat also gezeigt, daß das Entgelt für geleistete Arbeit keinesfalls mit dem Bruttoverdienst verwechselt werden darf. Im Bereich des produzierenden Gewerbes macht es knapp drei Viertel des Bruttoverdienstes aus.

Die neben dem Entgelt für geleistete Arbeit zweite Komponente der Personalkosten sind die Personalnebenkosten. Sie umfassen, wie schon erläutert, die Abgrenzungsposten Sonderzahlungen und Vergütung für arbeitsfreie Tage sowie Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen und sonstige Personalnebenkosten. Die Zusammenhänge verdeutlicht die Grafik.

Zusammensetzung der Arbeitskosten im produzierenden Gewerbe 1984



D 5585 Stat. LA S-H

Der gewichtigste Ausgabeposten der Personalnebenkosten sind die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen, die im produzierenden Gewerbe 40 % der Personalnebenkosten ausmachen. Hierzu zählen vor allem die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung. Diese Pflichtbeiträge des Unternehmens zur Sozialversicherung machen 87 % der Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen aus, 12 % entfallen auf Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung.

Die zweite die Personalnebenkosten bestimmende Kostenart ist die Vergütung für arbeitsfreie Tage, ihr Anteil beträgt 31 %. Innerhalb dieser Kostenart ist die Verdienstfortzahlung bei Urlaub bei weitem dominierend; es folgen die Vergütung gesetzlicher Feiertage und die gesetzlich vorgeschriebene Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall. Knapp 19 % der Vergütung arbeitsfreier Tage entfallen auf Verdienstfortzahlungen bei Krankheit. Die ausschließlich tariflich oder betrieblich vereinbarten Sonderzahlungen tragen

Personalkosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe 1984
 Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten

Kostenart	Arbeiter		Angestellte		Zusammen	
	DM	%	DM	%	DM	%
Entgelt für geleistete Arbeit	25 597	100	37 709	100	29 131	100
Personalnebenkosten zusammen	18 774	73,3	24 507	65,0	20 446	70,2
darunter						
gesetzliche Personalnebenkosten	9 506	37,1	10 770	28,6	9 875	33,9
Sonderzahlungen	3 249	12,7	5 063	13,4	3 778	13,0
Gratifikationen, 13. Monatsgehalt, Erfolgsbeteiligungen u.ä.	1 535	6,0	2 838	7,5	1 915	6,6
Urlaubsgeld	1 250	4,9	1 705	4,5	1 383	4,7
vermögenswirksame Leistungen	464	1,8	520	1,4	480	1,6
Vergütung arbeitsfreier Tage	5 782	22,6	7 811	20,7	6 374	21,9
Urlaubsvergütung	3 420	13,4	5 020	13,3	3 886	13,3
gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	1 220	4,8	1 107	2,9	1 187	4,1
zusätzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	16	0,1	3	0,0	12	0,0
Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonst. Ausfallzeiten	1 126	4,4	1 682	4,5	1 288	4,4
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	7 569	29,6	9 889	26,2	8 246	28,3
Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	6 878	26,9	7 928	21,0	7 184	24,7
Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge	5 983	23,4	7 368	19,5	6 387	21,9
Unfallversicherungsbeiträge	895	3,5	560	1,5	797	2,7
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung	619	2,4	1 923	5,1	1 000	3,4
dar. Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen	269	1,0	867	2,3	443	1,5
Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen	72	0,3	38	0,1	62	0,2
sonstige Personalnebenkosten	2 174	8,5	1 743	4,6	2 048	7,0
Entlassungsschädigungen	59	0,2	129	0,3	80	0,3
sonstige gesetzliche Aufwendungen	282	1,1	53	0,1	215	0,7
Familienunterstützungen	15	0,1	43	0,1	23	0,1
Wohnungsfürsorge	9	0,0	26	0,1	14	0,0
Beihilfen im Krankheitsfall	4	0,0	10	0,0	6	0,0
Verpflegungszuschüsse, Auslösungen u. ä.	355	1,4	248	0,7	323	1,1
Naturalleistungen	20	0,1	25	0,1	21	0,1
Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen	127	0,5	180	0,5	143	0,5
Ausbildungsvergütungen	970	3,8	625	1,7	869	3,0
sonstige Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung	264	1,0	310	0,8	278	1,0
sonstige Zuwendungen	68	0,3	93	0,2	75	0,3
Arbeitskosten insgesamt	44 371	173,3	62 216	165,0	49 577	170,2
dar. Löhne und Gehälter	34 628	135,3	50 584	134,1	39 283	134,9

mit 18 % zu den Personalnebenkosten bei. Dabei macht das zusätzliche Urlaubsgeld 37 % dieser Kostenart aus.

Die sonstigen Personalnebenkosten umfassen so heterogene Kostenarten, daß sie nur enumerativ genannt werden können. In sie gehen aber dennoch 10 % aller Personalnebenkosten ein. Ihr gewichtigster Posten sind die Ausbildungsvergütungen. Sie machen 42 % der sonstigen Personalnebenkosten und gut 4 % der Personalnebenkosten aus. Ob es sinnvoll ist, sie den Personalnebenkosten der Arbeitnehmer im Sinne der Arbeitskostenerhebung zuzuordnen, ist eine viel diskutierte Frage. Diese Aufwendungen haben die Arbeit-

nehmer (also ohne Auszubildende) weder verursacht, noch kommen sie ihnen direkt zugute. Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen werden ebenfalls zu den sonstigen Personalnebenkosten gezählt, nicht jedoch der Aufwand für Schutz und Sicherheit der Mitarbeiter oder die Kosten der Personalabteilung. Diese Abgrenzung entbehrt nicht einer gewissen Willkür. Umstritten ist auch die Einbeziehung der sonstigen gesetzlichen Aufwendungen, die aus dem Schwerbehindertengesetz, dem Mutterschutzgesetz und der Umlage für das Konkursausfallgeld resultieren. Daß die Einstellungspflichtquote für Schwerbehinderte vom Betrieb nicht erreicht wird, kann auch an der Art des Betriebes liegen.

Die Aufteilung der Personalkosten auf Entgelt für geleistete Arbeit und Personalnebenkosten ist keineswegs eindeutig. Für die Höhe der Personalkosten spielt es beispielsweise zwar keine Rolle, ob das 13. Monatsgehalt als solches zusätzlich im November ausgezahlt oder den laufenden monatlichen Bezügen zugeschlagen wird. Der Zahlungsmodus bestimmt aber, ob der Betrag den Personalnebenkosten oder dem Entgelt für geleistete Arbeit zugeordnet wird. Der als gesondertes 13. Monatsgehalt gezahlte Betrag geht in die Personalnebenkosten ein, eine anteilige Aufstockung der monatlichen Bezüge würde jedoch das Entgelt für geleistete Arbeit erhöhen. Die Auswirkungen der unterschiedlichen Auszahlungsformen zeigen sich deutlich bei einer Gegenüberstellung des Postens „Gratifikationen, 13. Monatsgehalt, Gewinnbeteiligung“ im produzierenden Gewerbe einerseits sowie im Banken- und Versicherungsgewerbe andererseits. Im letztgenannten Wirtschaftszweig ist es teilweise üblich, daß den Beschäftigten ein 14. oder anderweitig mehrfaches Monatsgehalt gezahlt wird. Diese Usance trägt wesentlich dazu bei, daß dieser Posten der Personalnebenkosten im Banken- und Versicherungsgewerbe erheblich größer ist als im produzierenden Gewerbe, so daß sein Anteil am Entgelt für geleistete Arbeit 18,7 % gegenüber 6,6 % im produzierenden Gewerbe beträgt. Die Konzentration von Teilen des Jahresverdienstes auf einen oder wenige Monate, wie dies bei einem 13. Monatsgehalt der Fall ist, ist durchaus umstritten. Wegen der höheren Progression, der diese ungleichmäßigen Zahlungen beim Lohn- und Einkommensteuerabzug unterliegen, sind bereits einige Betriebe dazu übergegangen, das Jahresgehalt in der Auszahlung gleichmäßig auf die Monate zu verteilen. Aus Gründen größerer Lohnbezogenheit wird eine Umschichtung des 13. Monatsgehalts auf die tatsächlich geleistete Arbeitszeit auch im Baugewerbe angestrebt.

Im Berichtsjahr 1984 wurden im produzierenden Gewerbe auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit je Arbeiter 73,34 DM und je Angestellten 65,00 DM an Personalnebenkosten ermittelt. Werden jedoch die verbleibenden Personalnebenkosten auf 100 DM Bruttolöhne und -gehälter bezogen, so kommen lediglich 28,14 DM je Arbeiter und 23,00 DM je Angestellten hinzu.

Personalkosten je Arbeitnehmer fast 50 000 DM

Da die Stichproben dieser Repräsentativerhebung jeweils neu gezogen werden, können beim Zeitvergleich in einzelnen Wirtschaftsbereichen methodisch bedingte

Unschärfen auftreten. Bei einem Zeitvergleich ist ebenfalls zu beachten, daß besonders bei den Personalnebenkosten Sondereinflüsse wie Veränderungen in der betrieblichen Altersversorgung oder Zahlung von Abfindungen bei Entlassungen in einzelnen Wirtschaftszweigen ziemlich stark durchschlagen können. Das führt dazu, daß die Personalnebenkosten im Zeitablauf tendenziell weniger stabil sind als die Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer.

Die Belastung eines Unternehmens mit Personal- und Personalnebenkosten wird neben dem Wirtschaftszweig wesentlich von der Struktur seiner Mitarbeiter bestimmt. Die Zusammensetzung der Belegschaft nach Arbeitern und Angestellten ist in den einzelnen Branchen recht unterschiedlich. Im produzierenden Gewerbe betrug das Verhältnis der Arbeiter zu den Angestellten etwa 2 : 1. Am niedrigsten ist der Arbeiteranteil in der chemischen Industrie und in der Energie- und Wasserwirtschaft, dagegen überwiegen die Arbeiter im Baugewerbe sowie in der Schuh- und Bekleidungsindustrie.

Die durchschnittlichen Personalkosten für Angestellte (62 216 DM) waren um 40 % höher als die für Arbeiter (44 371 DM), noch größer war der Abstand bei den Entgelten für geleistete Arbeit. Ein Angestellter erhielt mit 37 709 DM etwa 47 % mehr als ein Arbeiter (25 597 DM), bei den Personalnebenkosten waren es lediglich 31 %.

Werden die Personalnebenkosten zum Entgelt für geleistete Arbeit ins Verhältnis gesetzt, dann fällt auf, daß die Quote bei den Arbeitern 73 % beträgt, bei den Angestellten hingegen nur 65 %. Dieser Unterschied kann erklärt werden durch Personalnebenkosten, die nicht nach dem Lohn oder Gehalt, sondern arbeitsplatz- oder personenbezogen gewährt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das durchschnittliche Entgelt für geleistete Arbeit von Angestellten über dem von Arbeitern liegt, so daß sich der Basiseffekt nachhaltig auswirkt. Auch die für verschiedene Personalnebenkosten festgelegten Bemessungsgrenzen spielen eine erhebliche Rolle. Erinnerung sei nur an die Bemessungsgrenzen für die verschiedenen Arten der Sozialversicherung. Weiterhin ist festzustellen, daß die Personalnebenkosten sowohl je Arbeiter als auch je Angestellten mit zunehmender Beschäftigtenzahl in einem Unternehmen ansteigen.

Die Personalkosten je Beschäftigten werden in hohem Maße vom Frauenanteil an den Beschäftigten eines Unternehmens bestimmt. Das liegt daran, daß in vielen Wirtschaftszweigen, die Frauen in den unteren Lohn-

Personalkosten je Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe 1981 und 1984
 Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten

Ausgewählte Wirtschaftszweige	Insgesamt			Darunter Personalnebenkosten	
	1981	1984	Zunahme	1981	1984
	DM		%	Anteil an den Personalkosten in %	
Energie- und Wasserwirtschaft	56 848	63 733	12,1	48,8	48,7
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden; Herstellung und Verarbeitung von Glas	45 858	51 296	11,9	37,8	39,7
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	49 348	59 405	20,4	42,6	41,0
Metallverarbeitende Industrie, Feinmechanik, Optik	45 623	52 053	14,1	42,3	42,1
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	37 662	42 160	11,9	36,4	37,5
Textilgewerbe	35 491	40 415	13,9	39,4	37,8
Schuh- und Bekleidungsindustrie	30 886	36 654	18,7	37,0	38,4
Be- und Verarbeitung von Holz	42 796	49 748	16,2	39,3	40,4
Papier- und Pappherzeugung und -verarbeitung, Druckerei- und Verlagsgewerbe	46 325	52 082	12,4	39,4	40,5
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	41 143	47 083	14,4	37,4	38,5
Baugewerbe	41 569	46 485	11,8	41,5	41,3
Produzierendes Gewerbe	43 489	49 577	14,0	41,1	41,2
Arbeiter	39 300	44 371	12,9	42,0	42,3
Angestellte	54 744	62 216	13,6	39,3	39,4

und Gehaltsgruppen sehr viel stärker vertreten sind als in den oberen.

Eine Gegenüberstellung der Personalkosten je Beschäftigten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen läßt erhebliche Unterschiede bei den Aufwendungen für Arbeiter sowohl in absoluter Höhe als auch in ihrer Zusammensetzung deutlich werden. Für Arbeiter mußten die höchsten durchschnittlichen Personalkosten in der Energie- und Wasserwirtschaft (55 756 DM), in der Be- und Verarbeitung von Holz (47 107 DM) und in der chemischen Industrie (46 881 DM) aufgebracht werden.

Der absolute Betrag der Personalnebenkosten je Arbeiter (27 119 DM) wie auch der Anteil am Entgelt für geleistete Arbeit ist in der Energie- und Wasserwirtschaft mit 95 % der mit Abstand größte. In diesem Wirtschaftszweig sind die Aufwendungen für die Vorsorgeeinrichtungen relativ hoch. Der in Schleswig-Holstein besonders stark besetzte Wirtschaftszweig „metallverarbeitende Industrie, Feinmechanik und Optik“ folgte mit 20 101 DM, in der chemischen Industrie wurden 20 013 DM als Personalnebenkosten ermittelt.

Die geringsten durchschnittlichen Personalkosten fielen mit 32 468 DM und 35 592 DM im Schuh- und Bekleidungsindustrie und im Textilgewerbe an. Beide

Wirtschaftszweige weisen die mit Abstand höchsten Frauenanteile unter ihren Beschäftigten auf.

Auch bei den Angestellten wurden die höchsten Personalkosten in der Energie- und Wasserwirtschaft (74 085 DM) und in der chemischen Industrie (73 020 DM) registriert. Auffällig ist wiederum der hohe Prozentwert (45 %) der Vorsorgeaufwendungen, bezogen auf das Entgelt für geleistete Arbeit, in der Energie- und Wasserwirtschaft, während diese Position im produzierenden Gewerbe insgesamt 26 % ausmacht. Die niedrigsten durchschnittlichen Personalkosten wurden in der Schuh- und Bekleidungsindustrie (51 092 DM) ermittelt, weiterhin im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 51 942 DM. Wenngleich der Anteil der Arbeiterinnen in der Schuh- und Bekleidungsindustrie wiederum auffällig hoch ist, ist bei den Angestellten dieser Branche der Zusammenhang zwischen relativ niedrigen Personalkosten und dem Frauenanteil an der Belegschaft nicht so auffällig.

Der bisherige Trend, daß die Personalnebenkosten von Erhebung zu Erhebung stärker stiegen als das Entgelt für geleistete Arbeit, zeichnete sich 1984 nicht mehr so deutlich ab. Stieg das durchschnittliche Entgelt für geleistete Arbeit für einen im produzierenden Gewerbe vollbeschäftigten Arbeitnehmer um 13,7 % (3 510 DM),

Entgelt für geleistete Arbeit und Personalnebenkosten je Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe 1984
Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten

Ausgewählte Wirtschaftszweige	Entgelt für geleistete Arbeit		Personalnebenkosten	
	1984	Zunahme gegenüber 1981	1984	Zunahme gegenüber 1981
	DM	in %	DM	in %
Energie- und Wasserwirtschaft	32 686	12,3	31 047	11,9
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden; Herstellung und Verarbeitung von Glas	30 939	8,4	20 356	17,5
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	35 061	23,7	24 344	15,9
Metallverarbeitende Industrie, Feinmechanik, Optik	30 117	14,3	21 936	13,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	26 342	10,0	15 818	15,3
Textilgewerbe	25 127	16,8	15 288	9,4
Schuh- und Bekleidungsgewerbe	22 565	15,9	14 089	23,4
Be- und Verarbeitung von Holz	29 665	14,2	20 082	19,4
Papier- und Papperzeugung und -verarbeitung, Druckerei- und Verlagsgewerbe	30 994	10,5	21 088	15,4
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	28 936	12,4	18 146	17,8
Baugewerbe	27 296	12,3	19 190	11,1
Produzierendes Gewerbe	29 131	13,7	20 446	14,4
Arbeiter	25 597	12,3	18 774	13,7
Angestellte	37 709	13,5	24 507	13,9

so nahmen die Personalnebenkosten für diesen Mitarbeiter um 14,4 % zu (2 578 DM). Besonders ausgeprägt war die Zunahme bei den sonstigen Personalkosten, die gegenüber 1981 um ein Viertel höher lagen. Auch die Sonderzahlungen sind mit 17 % überdurchschnittlich gestiegen. Für das zusätzliche Urlaubsgeld mußte fast ein Viertel mehr aufgewendet werden als 1981. Für Gratifikationen, 13. Monatsgehalt, Erfolgsbeteiligungen u. ä. wurden 16 % mehr ausgezahlt. Überdurchschnittlich war auch noch die Steigerung der Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (16,7 %), die in ihrer Zuwachsrate vornehmlich durch die 17 % höheren Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung bestimmt wurden. Die Vergütung arbeitsfreier Tage nahm unterdurchschnittlich zu. Während die Verdienstfortzahlung für den Urlaub um 20 % aufgrund längerer Urlaubszeiten stieg, nahmen die Verdienstfortzahlungen im Krankheitsfall um 5 % und die Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten um 11 % ab.

Die Personalkosten insgesamt sind für eine Arbeitskraft um 14 % oder 6 088 DM von 43 489 DM auf 49 577 DM gestiegen. Die Tatsache, daß sowohl beim Entgelt für geleistete Arbeit als auch bei den Personalnebenkosten die Steigerungsrate für die Arbeitnehmer insgesamt über den jeweiligen Steigerungsrate für Arbeiter und Angestellte liegt, weist darauf hin, daß sich in dem Dreijahreszeitraum die Zusammensetzung der Beschäftigten in den Unternehmen zugunsten der Angestellten

verändert hat, deren Kostenniveau deutlich über dem der Arbeiter liegt. Sowohl 1981 als auch in dieser Erhebung betrug der Anteil des Entgelts für geleistete Arbeit an den gesamten Personalkosten noch 59 %.

Das Entgelt für geleistete Arbeit ist mit fast 24 % besonders stark in der chemischen Industrie Schleswig-Holsteins gestiegen. Diese hohe Steigerungsrate wurde durch einen besonders hohen Zuwachs von 36 % bei den Arbeitern verursacht, aber auch die Steigerungsrate der Angestellten liegt mit 21 % noch deutlich über der Veränderungsrate des Textilgewerbes, die mit 17 % ebenfalls beachtlich hoch ist. Der Bereich mit der dritthöchsten Zuwachsrate (16 %) ist das Schuh- und Bekleidungsgewerbe. Unterdurchschnittliche Erhöhungen des Entgelts für geleistete Arbeit gab es im Bereich Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden, Herstellung und Verarbeitung von Glas (8 %) und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (10 %).

Ein gänzlich anderes Branchenbild zeigt sich bei den Personalnebenkosten, bei denen im Schuh- und Bekleidungsgewerbe mit gut 23 % die höchste Steigerung festzustellen ist. Die gesetzlichen Personalnebenkosten stiegen lediglich um 12 %, während die Sonderzahlungen um 31 % und unter diesen die Gratifikationen, 13. Monatsgehalt, Erfolgsbeteiligungen u. ä. um 50 % anstiegen. Die laufenden Urlaubsvergütungen erhöhten sich um 30 %. Aufsehenerregend ist die Zunahme

der sonstigen Personalnebenkosten um fast 80 %, unter denen die Aufwendungen für Ausbildungsvergütungen um 90 %, bei den Arbeitern sogar um 100 % gestiegen sind. Insgesamt sind in diesem Wirtschaftszweig die Personalnebenkosten der Angestellten etwas stärker gestiegen als die der Arbeiter; hinzu kommt der oben schon erläuterte Struktureffekt in der Belegschaft. In der Rangordnung der höchsten Zuwachsraten folgen die Bereiche Be- und Verarbeitung von Holz (19 %) sowie Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen (18 %). Die geringsten Steigerungsraten weisen das Textilgewerbe (9 %) und das Baugewerbe (11 %) auf.

Sehr unterschiedlich sind die Beiträge zur Unfallversicherung in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Lohnsumme und Gefahrklasse sind die Hauptdeterminanten für die Bemessung der Beiträge, die an die jeweiligen Berufsgenossenschaften abzuführen sind. Im produzierenden Gewerbe waren im Durchschnitt 895 DM für Arbeiter und 560 DM für Angestellte zu zahlen, dies entspricht 2,6 % der Bruttolöhne und 1,1 % der Brut-

togehälter. Daß die Beiträge der Arbeiter deutlich über denen für Angestellte liegen, ergibt sich aus ihrer gefährlicheren Beschäftigung. In keinem Wirtschaftszweig sind die Beiträge für einen Angestellten höher als für einen Arbeiter, obwohl deren Verdienste die der Arbeiter übertreffen. Der höchste Betrag und auch der höchste Anteil am Bruttogehalt waren im Baugewerbe mit 1 369 DM für Arbeiter abzuführen (4,0 % des durchschnittlichen Bruttogehalts), für die Angestellten wurden 732 DM (1,6 %) entrichtet. Im Bereich Verarbeitung von Steinen und Erden, Herstellung und Verarbeitung von Glas betragen die Beiträge für die Arbeiter 1 242 DM (3,3 %) und für die Angestellten 905 DM (1,8 %). Weniger als 1 % des Bruttogehalts war sowohl für Arbeiter wie für Angestellte im Schuh- und Bekleidungsgewerbe zu zahlen. Die Werte für die einzelnen Wirtschaftsbereiche können sich noch geringfügig ändern, da bei diesen Unfallversicherungsbeiträgen das Prinzip der nachträglichen Bedarfsdeckung gilt.

Dr. Friedrich-Wilhelm Lück

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
/ = Zahlenwert nicht sicher genug
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
... = Angabe fällt später an



Die Fragen der Volkszählung '87

Teil XI: Fragen **1** bis **4** der Gebäudeangaben im Wohnungsbogen

Für Politik und Planung der Wohnraumversorgung ist die Feststellung des Gebäudebestandes und seiner Nutzung grundlegend. Es werden nur Gebäude mit Wohnraum erfaßt; reine Nichtwohngebäude, z. B. Fabriken oder Turnhallen, bleiben unberücksichtigt. Erfragt werden jedoch auch Wohnunterkünfte, die in Behelfsbauten eingerichtet sind und deshalb den heutigen sozial- und wohnpolitischen Vorstellungen nicht mehr entsprechen.

Bestimmte gesellschaftliche Gruppen wie ältere Mitbürger, Studenten und Auszubildende leben zum Teil in Wohnheimen. Die Frage nach der vollständigen oder teilweisen Nutzung der Gebäude als Wohnheim dient der Abgrenzung dieser speziellen Wohnform vom sonstigen Wohnungsangebot in Gebäuden. In der Bundesrepublik ist in den nächsten Jahren eine deutliche Zunahme der älteren Bevölkerung zu erwarten. Wohnungen oder Zimmer in Wohnheimen mit den dazugehörigen Serviceleistungen und -einrichtungen werden deshalb von dieser Gruppe in zunehmendem Maße benötigt. Frage 1 liefert Basisdaten für zukünftige wohnungspolitische Entscheidungen zur Förderung und Schaffung speziellen Wohnungsangebotes wie Altenheime, Pflegeheime usw.

Die Förderung von privatem Wohneigentum ist ebenso ein grundsätzliches staatliches Anliegen. Frage 2 liefert Informationen zur Beschreibung der derzeitigen Eigentumsbildung und Eigentumsnutzung von Wohngebäuden in privaten Haushalten. Darüber hinaus ermöglichen die Ergebnisse eine Untersuchung des Gebäude- und Wohnungsmarktes nach selbstgenutzten und nach vermieteten Gebäuden und Wohnungen und bilden so die Grundlage für kommende finanzielle und steuerliche Fördermaßen.

Das Baujahr des Gebäudes (Frage 3) gibt Anhaltspunkte zum Zustand von Gebäuden und Wohnungen und beeinflusst die Miete. Außerdem läßt sich die Notwendigkeit von Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen mit diesen Angaben besser abschätzen.

Die Frage nach der Förderung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus (Frage 4) entspricht der Frage 8 zur Wohnung. Sie dient auch hier der Erstellung eines umfassenden Bildes über die bisher getätigten Fördermaßnahmen im Wohnungsbau, wie es sich sonst zu einem einheitlichen Stichtag nicht erzielen ließe.

1 Gebäudeart

★

- Wohngebäude (Gebäude mindestens zur Hälfte für Wohnzwecke genutzt) · ·
- sonstiges Gebäude mit Wohnraum · ·
- bewohnte Unterkunft (z. B. Baracke) · ·
- Wird dieses Gebäude vollständig oder teilweise als Wohnheim genutzt?
 - vollständig · ·
 - teilweise · ·

Außerdem bei Wohnheimen:
Wird dieses Gebäude vollständig oder teilweise als Wohnheim genutzt?

2 Wer ist Eigentümer, Kaufwärter bzw. Erbbauberechtigter des Gebäudes?

- Einzelperson oder Ehepaar, Erbengemeinschaft oder ähnliche Personengemeinschaft · ·
- Gemeinschaft von Wohnungseigentümern (nur bei Eigentumswohnungen) · ·
- gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, Wohnungsbaugenossensch. oder Organ der staatl. Wohnungspolitik · ·
- freies Wohnungsunternehmen · ·
- sonstiger Eigentümer · ·

3 Baujahr des Gebäudes

(Jahr der Bezugstertigstellung)

- Bei Erweiterungs- und Umbauten ist das ursprüngliche Baujahr anzugeben, bei Wiederaufbau nach Totalschaden das Jahr des Wiederaufbaus.
- | | | | | | |
|----------|-----|----|-----|----|-----|
| bis 1900 | · · | 68 | · · | 78 | · · |
| 1901-18 | · · | 69 | · · | 79 | · · |
| 1919-48 | · · | 70 | · · | 80 | · · |
| 1949-57 | · · | 71 | · · | 81 | · · |
| 1958-62 | · · | 72 | · · | 82 | · · |
| | | 63 | · · | 73 | · · |
| | | 64 | · · | 74 | · · |
| | | 65 | · · | 75 | · · |
| | | 66 | · · | 76 | · · |
| | | 67 | · · | 77 | · · |

4 Sind Wohnungen im Gebäude mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert?

(nur Erster Förderungsweg)

- keine · ·
- alle · ·
- nur ein Teil · ·

Weiteres Informationsmaterial können Sie anfordern beim

**Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein – Stichwort Volkszählung –
Postfach 1141, 2300 Kiel 1**

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

39. Jahrgang . Heft 1 . Januar 1987

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984		1985		1985			1986	
			Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 615	2 614	2 615	2 615	2 615
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Eheschließungen	Anzahl	1 254	1 254	1 362	1 107	890	2 143
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,8	5,8	6,3	5,0	4,1	9,7
*Lebendgeborene	Anzahl	1 913	1 925	2 050	1 952	1 807	2 135
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	8,8	9,5	8,8	8,4	9,6
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 565	2 611	2 487	2 478	2 493	2 275
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,8	12,0	11,6	11,2	11,6	10,3
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	18	16	13	10	13	16
* je 1 000 Lebendgeborene		9,4	8,3	6,3	5,1	7,2	7,5
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 652	- 686	- 437	- 526	- 686	- 140
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,0	- 3,1	- 2,0	- 2,4	- 3,2	- 0,6
WANDERUNGEN										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 582	5 461	5 568	6 770	4 720
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 164	4 746	6 247	5 975	4 329
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 418	+ 715	- 679	+ 795	+ 391
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	10 213	10 057	11 311	12 069	9 854
Wanderungsfälle	Anzahl	20 958	20 265	23 126	24 814	18 903
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose (Monatsende)	1 000	109	118	109	111	118	105	101	102	108
darunter *Männer	1 000	64	69	61	62	67	57	56	56	60
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	13,7	11,8	4,1	5,3	8,6	3,3	7,0	10,0	11,9
darunter Männer	1 000	12,0	10,3	3,3	4,4	7,5	2,9	5,8	8,4	10,4
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	2,7	2,9	2,6	2,6	2,5	4,7	4,6	4,1	3,7
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 627 ^a	1 592 ^a
darunter *Milchkühe										
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	545 ^a	526 ^a
*Schweine	1 000	1 767 ^a	1 743 ^a	.	.	.	1 768	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	191 ^a	193 ^a	.	.	.	190	.	.	.
darunter *trächtig	1 000	130 ^a	129 ^a	.	.	.	131	.	.	.
SCHLACHTUNGEN²⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	45	45	59	81	56	43	71	82	56
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	240	232	238	247	248	212	236	246	234
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	3 ^c	2	3	7	2	2	3	6
*SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾										
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,7	31,8	37,2	44,5	35,1	30,1	41,2	44,8	34,8
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	12,4	12,7	17,6	24,1	14,9	12,7	21,8	24,3	15,5
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	19,1	18,7	19,3	20,1	19,9	17,1	19,1	20,2	19,0
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGENICHT für²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	281	286	301	300	279	296	307	302	286
Kälber	kg	108	115	122	118	112	115	116	121	115
Schweine	kg	81	82	82	82	82	81	82	83	83
GEFLÜGEL										
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	152	151
*für Legehennenküken										
für Masthühnerküken	1 000	850	2
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	832	274
*MILCHERZEUGUNG										
	1 000 t	223	217	183	192	186	p 204	p 185	p 197	p 191
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	94	94	95	p 97	p 94	p 94	p 94
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,1	13,3	11,4	11,5	11,6	p 12,5	p 11,7	p 12,1	p 12,1

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1984/85 = 5 c) Winterhalbjahr 1985/86 = 4

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984		1985		1985			1986		
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
PRODUZIERENDES GEWERBE											
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	166	168	168	167	169	169	168	167	
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	113	114	116	116	115	116	116	115	115	
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 139	15 970	16 475	17 722	16 694	15 316	16 573	17 309	15 948	
*Lohnsumme	Mill. DM	306,1	319,1	311,3	328,9	398,5	330,1	324,7	334,1	397,2	
*Gehaltssumme	Mill. DM	207,1	216,4	206,9	205,3	287,9	219,7	217,3	216,6	304,4	
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 647	1 733	1 780	1 841	1 732	1 702	1 712	2 159	2 077	
aus dem Inland	Mill. DM	1 143	1 155	1 141	1 221	1 198	1 237	1 171	1 204	1 240	
aus dem Ausland	Mill. DM	503	578	639	619	534	465	541	956	837	
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 020	3 046	3 209	3 365	3 100	2 798	3 436	3 189	3 177	
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 346	2 390	2 509	2 733	2 444	2 222	2 563	2 590	2 409	
*Auslandsumsatz	Mill. DM	674	656	700	632	656	577	874	599	768	
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	17	
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	39,5	38,6	
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	79	72	
*leichtes Heizöl	1 000 t	9	8	
*schweres Heizöl	1 000 t	70	63	
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	236	240	233	256	257	238	247	266	307	
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	24	25	23	26	32	25	20	33	35	
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	103,6	104,7	108,9	109,8	116,2	
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	47 249	41 345	43 141	42 388	41 306	42 056	41 973	41 202	...	
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 156	4 231	5 448	5 758	4 359	5 156	5 510	5 539	...	
darunter für	1 000										
*Wohnungsbauten	1 000	2 155	1 606	2 045	2 110	1 591	1 883	2 003	1 982	...	
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 119	946	1 147	1 209	959	1 063	1 062	1 163	...	
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 749	1 581	2 112	2 279	1 683	2 054	2 254	2 223	...	
*Lohnsumme	Mill. DM	108,4	86,2	104,3	110,8	122,0	98,8	102,9	105,2	...	
*Gehaltssumme	Mill. DM	19,7	18,3	18,0	17,7	26,8	17,4	17,4	17,2	...	
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	364,1	319,2	413,7	427,6	402,0	397,0	794,5 ^{a)}	438,6	...	
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	209,2	196,4	244,1	205,6	182,7	216,6	264,4	194,1	...	
AUSBAUGEWERBE⁹⁾											
Beschäftigte	Anzahl	8 083	7 486	7 774	7 551	7 353	7 222	7 367	7 469	...	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	970	880	944	992	877	852	949	999	...	
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	20,1	18,5	18,9	19,1	21,0	18,0	18,7	19,6	...	
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	59,2	55,1	55,6	65,0	65,3	50,2	61,3	65,0	...	
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾											
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 842	1 732	1 738	1 899	1 996	1 469	1 839	
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	861	891	821	891	993	783	876	
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³	
HANDWERK											
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,8	97,7	101,0	.	.	.	101,0	.	.	
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	135,0	130,9	140,9	.	.	.	144,7	.	.	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

a) Durch Großauftrag beeinflusst

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986				
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
BAUTÄTIGKEIT											
BAUGENEHMIGUNGEN											
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	503	459	438	450	422	503	688	566	327	
darunter mit											
*1 Wohnung	Anzahl	385	384	360	384	346	457	624	502	285	
*2 Wohnungen	Anzahl	73	51	55	43	59	33	49	49	30	
*Rauminhalt	1 000 m ³	458	346	323	313	304	320	494	389	240	
*Wohnfläche	1 000 m ²	83	63	62	59	54	58	90	73	44	
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	122	114	134	135	83	89	131	131	99	
*Rauminhalt	1 000 m ³	408	424	359	456	375	316	554	588	404	
*Nutzfläche	1 000 m ²	71	72	63	74	75	56	76	90	59	
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 075	786	775	756	644	601	1 044	997	524	
HANDEL UND GASTGEWERBE											
AUSFUHR											
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	840,1	836,1	831,1	829,1	811,7	764,0	790,1	895,6	...	
darunter											
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	129,6	129,8	135,7	156,0	120,6	128,3	122,6	134,9	...	
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	710,5	706,3	695,4	673,2	691,1	635,6	667,5	760,7	...	
darunter											
*Rohstoffe	Mill. DM	18,4	17,3	16,9	20,5	15,7	11,6	12,6	18,7	...	
*Halbwaren	Mill. DM	71,0	69,0	66,0	57,3	75,7	39,3	45,0	49,0	...	
*Fertigwaren	Mill. DM	621,1	620,0	612,5	595,4	599,7	584,7	609,9	693,0	...	
darunter											
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	85,4	94,9	92,3	91,5	107,6	81,8	86,7	95,3	...	
*Enderzeugnisse	Mill. DM	535,7	525,2	520,2	503,9	492,1	502,9	523,2	597,7	...	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
*EG-Länder	Mill. DM	346,5	386,5	434,5	431,4	391,2	383,7	386,0	442,2	...	
darunter											
Niederlande	Mill. DM	70,8	87,5	105,5	106,2	70,0	86,0	68,5	74,4	...	
Dänemark	Mill. DM	73,6	78,2	82,8	85,7	94,3	66,3	75,1	72,9	...	
Frankreich	Mill. DM	62,6	68,9	79,3	68,0	61,7	64,5	67,8	78,8	...	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	55,7	60,8	69,5	75,2	70,3	61,0	59,3	82,8	...	
*EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1980 = 100	109,9	111,5	103,9	112,6	118,8	112,7	r 109,3	115,8	...	
*GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1980 = 100	106,5	107,5	120,9	101,0	82,0	r 162,6	r 125,3	105,4	...	
FREMDENERKEHR IN BEHERBERGUNGSSSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)											
*Ankünfte	1 000	236	245	324	248	142	p 441	p 337	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	23	27	31	25	19	p 47	p 30	
*Übernachtungen	1 000	1 361	1 360	1 819	1 054	495	p 3 402	p 1 953	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	42	49	57	53	36	p 85	p 57	
VERKEHR											
SEESCHIFFFAHRT¹⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 205	1 263	1 423	1 469	1 285	
Güterversand	1 000 t	669	739	729	812	788	
BINNENSCHIFFFAHRT											
*Güterempfang	1 000 t	140	128	144	142	131	105	137	154	...	
*Güterversand	1 000 t	153	142	159	168	144	188	162	170	...	
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE											
darunter Krafträder	Anzahl	8 855	8 604	7 645	9 266	8 157	8 493	9 390	
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	342	261	87	49	35	107	89	
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	7 894	7 732	6 955	8 606	7 620	7 827	8 592	
*Lastkraftwagen	Anzahl	384	351	333	363	334	319	393	
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	384	351	333	363	334	319	393	
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE											
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 472	1 356	1 628	1 419	1 306	1 850	1 571	p 1 567	p 1 372	
*Getötete Personen	Anzahl	37	31	32	33	29	42	30	p 27	p 37	
*Verletzte Personen	Anzahl	1 876	1 726	2 000	1 825	1 667	2 376	1 960	p 2 019	p 1 725	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
				Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	
		Monats- durchschnitt ¹⁾								
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	68 298	70 876	69 883	70 172	70 571	72 902	73 178	73 223	...
darunter										
*Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	66 472	69 135	68 176	68 456	68 858	71 352	71 684	71 728	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 729	9 817	10 004	9 972	9 860	9 884	9 897	9 824	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 466	9 594	9 845	9 722	9 631	9 632	9 688	9 611	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	264	223	158	250	229	253	208	214	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 961	6 082	6 103	6 057	6 123	5 565	5 570	5 448	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 190	4 587	4 673	4 653	4 606	4 371	4 274	4 166	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 770	1 495	1 431	1 404	1 516	1 194	1 296	1 282	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	49 782	53 236	52 069	52 427	52 875	55 902	56 217	56 456	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	37 401	39 954	39 088	39 410	39 731	42 143	42 450	42 703	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	12 381	13 282	12 982	13 017	13 144	13 759	13 767	13 753	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	42 502	45 182	43 726	44 222	44 554	48 628	48 666	49 099	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	26 271	28 203	27 517	27 970	28 307	30 453	30 447	30 779	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 983	21 686	21 124	21 444	21 912	23 722	23 820	24 104	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 288	6 518	6 393	6 526	6 395	6 731	6 627	6 676	...
*Spareinlagen	Mill. DM	16 231	16 978	16 209	16 252	16 247	18 175	18 218	18 320	...
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	12 174	12 894	12 389	12 423	12 452	13 225	13 247	13 294	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	990	1 039	825	990	848	895	842	1 054	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	946	980	768	947	861	770	799	952	...
ZÄHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	64	73	104	53	70	73	95	63	...
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,2	0,3	-	-	-	-	-	-	...
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	352	330	274	302	252	280	312
*Wechselsumme	Mill. DM	2,5	2,6	2,0	1,8	1,2	1,8	2,7
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt		3. Vj. 85				3. Vj. 86	
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 311,3	2 408,5	2 325,6	.	.	.	2 671,9	.	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 644,7	1 748,4	1 694,6	.	.	.	1 961,9	.	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 210,6	1 296,5	1 294,3	.	.	.	1 332,4	.	.
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	231,4	244,6	240,7	.	.	.	348,2	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	22,1	26,8	36,2	.	.	.	33,7	.	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	180,6	180,5	123,4	.	.	.	247,5	.	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	666,5	660,1	631,0	.	.	.	710,0	.	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	396,2	366,4	351,4	.	.	.	430,0	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	270,3	293,7	279,6	.	.	.	280,0	.	.
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	130,8	105,9	.	.	.	104,5	.	.
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	0,0	.	.	.	0,0	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	118,4	116,6	97,4	.	.	.	94,9	.	.
*Landessteuern	Mill. DM	164,7	165,9	163,4	.	.	.	185,6	.	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	27,6	26,3	25,3	.	.	.	26,2	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	71,9	76,1	75,0	.	.	.	93,6	.	.
*Biersteuer	Mill. DM	6,2	6,4	7,5	.	.	.	8,7	.	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	267,5	274,9	291,1	.	.	.	327,6	.	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,5	7,7	8,0	.	.	.	8,0	.	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	61,0	63,7	79,4	.	.	.	82,0	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	189,8	194,0	193,3	.	.	.	226,2	.	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 211,5	1 247,5	1 179,0	.	.	.	1 341,5	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	628,8	667,9	643,3	.	.	.	760,2	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	436,6	432,4	413,3	.	.	.	461,6	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	16,6	.	.	.	15,2	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 347,9	1 438,8	1 428,1	.	.	.	1 631,3	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	776,5	824,7	793,7	.	.	.	921,3	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	391,4	431,8	454,4	.	.	.	509,3	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	16,6	.	.	.	15,2	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	473,7	487,6	472,7	.	.	.	518,6	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	159,3	161,2	160,2	.	.	.	195,8	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	236,7	245,5	214,7	.	.	.	221,5	.	.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1984	1985	1985			1986				
			Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100										
Einfuhrpreise	122,8	124,6	123,0	119,6	118,7	95,9	96,6	94,8
Ausfuhrpreise	116,2	119,4	119,5	119,0	118,7	116,2	116,1	115,6
Grundstoffpreise ⁶⁾	121,2	122,1	121,3	118,8	117,9	100,7	101,3
Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte ⁶⁾	119,2	121,8	122,1	121,1	121,9	117,5	117,5	116,2
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	106,9	103,1	102,7	101,4	103,0	98,1	p 99,0	p 97,3
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	114,0	114,5	.	.	114,9	116,7
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	116,1	115,2	114,1	113,5	113,9	106,5	105,9	105,1
Einzelhandelspreise	115,6	117,5	117,3	117,3	117,8	116,9	116,9	116,7	116,8	116,8
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	118,4	121,0	120,9	121,1	121,3	120,2	120,4	120,0	119,9	119,9
darunter für										
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	116,0	116,9	116,2	115,9	116,1	117,2	117,0	116,7	116,5	116,5
Bekleidung, Schuhe	115,7	118,4	118,8	119,1	119,7	120,7	121,0	121,2	121,3	121,3
Wohnungsmieten	120,0	123,9	124,5	124,7	124,8	126,8	126,9	127,0	127,2	127,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	128,8	133,4	134,3	133,4	134,5	113,1	112,4	108,4	107,8	107,8
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	115,9	117,7	118,1	118,2	118,5	119,2	119,3	119,4	119,6	119,6
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	686	699	.	712
darunter *Facharbeiter	713	729	.	745
*weibliche Arbeiter	467	481	.	485
darunter *Hilfsarbeiter	446	460	.	463
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	16,69	17,07	.	17,26
darunter *Facharbeiter	17,45	17,88	.	18,10
*weibliche Arbeiter	11,72	12,17	.	12,26
darunter *Hilfsarbeiter	11,23	11,70	.	11,73
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	41,0	40,8	.	41,2
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,8	39,5	.	39,6
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 981	4 123	.	4 152
*weiblich	2 749	2 842	.	2 863
Technische Angestellte										
*männlich	4 114	4 263	.	4 305
*weiblich	2 692	2 772	.	2 795
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 265	3 374	.	3 389
*weiblich	2 217	2 305	.	2 318
Technische Angestellte										
männlich	3 255	3 397	.	3 423
weiblich	(2 178)	2 161	.	2 184
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 492	3 610	.	3 630
weiblich	2 363	2 456	.	2 470
Technische Angestellte										
männlich	4 042	4 186	.	4 225
weiblich	2 654	2 725	.	2 745

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken

3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuer-

umlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer a) Siehe Fußnote 2

JAHRESZAHLEN A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾						
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen	
												in 1 000
1981	2 616	5,3	9,4	12,2	- 7	15	1 144	74	385	220	465	
1982	2 620	5,5	9,3	12,1	- 7	6	1 123	69	368	227	459	
1983	2 618	5,7	9,0	11,9	- 8	6	1 135	72	364	232	466	
1984	2 615	5,8	8,8	11,8	- 8	5	1 144	72	344	250	479	
1985	- 8	

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Bruttoinlandsprodukt ³⁾				
	Schüler im September ²⁾ in				von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
1981	202	84	86	3	11	40	32	17	54 947	3,2	52 975	- 0,5	95
1982	190	79	83	2	11	40	32	18	56 714	3,2	52 554	- 0,8	95
1983	179	74	80	2	11	38	33	18	59 006	4,0	53 074	1,0	94
1984	167	68	76	2	10	38	33	19	62 276	5,5	54 973	3,6	95
1985	158	62	73	2	63 548	2,0	55 140	0,3	93

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁶⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
1981	1 544	525									
1982	1 565	541	1 740	3 933	478	3 011	2 585	4 776	2 412	142	890
1983	1 616	574	1 733	(3 810) ^{a)}	480	3 034	2 747	4 928	2 085	93	589
1984	1 627	545	1 767	3 457	571	3 057	2 674	4 780	2 320	187	831
1985	1 592	526	1 743	(2 995) ^{a)}	.	.	2 600	4 853	2 240	178	776

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸⁾
1981	180	126	218	3 728	2 292	33 491	6 314	382	1 476	523	287	55
1982	174	121	208	3 717	2 381	33 624	6 486	264	1 273	517	279	50
1983	166	114	195	3 620	2 432	34 185	6 352	227	1 111	579	290	50
1984	165	113	194	3 673	2 485	36 236	8 090	231	1 346	568	312	49
1985	166	114	192	3 829	2 597	36 550	7 873	200	1 207	556	318	42

1) Ergebnisse der 1 %-Mikrozensus-erhebungen

2) 1984: November

3) 1983 bis 1985 vorläufiges Ergebnis der Revision 1985

4) ohne Ammen- und Mutterkühe

5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

6) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

7) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

8) ohne Eigenenergie

9) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Mit früheren Jahren eingeschränkt vergleichbar

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 7. 1986			Bevölkerungsveränderung im Juli 1986			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden im November 1986 (vorläufige Zahlen)		
	Insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLensburg	86 252	- 0,1	- 0,9	- 4	- 64	- 68	41	-	46
KIEL	244 518	- 0,1	- 0,3	- 36	- 113	- 149	136	4	158
LÜBECK	209 905	+ 0,1	- 0,4	- 83	205	122	110	2	140
NEUMÜNSTER	77 905	- 0,1	- 0,7	- 18	- 31	- 49	55	1	70
Dithmarschen	129 002	- 0,0	- 0,6	30	- 54	- 24	49	5	63
Hzgt. Lauenburg	157 939	+ 0,0	+ 0,0	- 23	58	35	65	2	77
Nordfriesland	161 128	- 0,0	- 0,7	- 4	- 7	- 11	72	3	98
Ostholstein	195 611	+ 0,0	- 0,2	- 1	69	68	76	3	92
Pinneberg	261 319	+ 0,1	+ 0,5	- 19	355	336	183	5	225
Plön	117 852	- 0,1	- 0,5	- 25	- 36	- 61	55	1	71
Rendsburg-Eckernförde	247 789	+ 0,1	+ 0,1	18	256	274	120	2	162
Schleswig-Flensburg	182 928	- 0,0	+ 0,0	- 11	- 22	- 33	86	3	111
Segeberg	217 207	+ 0,1	+ 0,8	- 3	221	218	128	1	160
Steinburg	126 907	- 0,6	- 0,6	- 22	- 705	- 727	73	4	96
Stormarn	196 568	+ 0,1	+ 0,4	- 50	274	224	123	1	156
Schleswig-Holstein	2 612 830	+ 0,0	- 0,1	- 251	406	155	1 372	37	1 725

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1986		
	Betriebe am 30. 11. 1986	Beschäftigte am 30. 11. 1986	Umsatz ⁴⁾ im November 1986 Mill. DM	Insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	68	8 674	161	35 796	32 072	372
KIEL	126	23 052	544	100 244	89 995	368
LÜBECK	136	21 757	291	85 107	76 389	364
NEUMÜNSTER	70	10 117	114	35 928	32 021	411
Dithmarschen	73	6 117	225	70 631	57 137	443
Hzgt. Lauenburg	94	8 021	94	80 067	69 359	439
Nordfriesland	56	2 974	81	82 835	67 253	417
Ostholstein	78	5 950	103	91 417	78 586	402
Pinneberg	185	20 445	313	130 262	113 845	436
Plön	47	2 724	41	60 100	50 770	431
Rendsburg-Eckernförde	122	9 859	170	126 947	106 658	431
Schleswig-Flensburg	84	5 111	141	95 989	78 205	427
Segeberg	161	16 131	294	123 445	106 371	490
Steinburg	84	9 278	174	66 132	54 306	425
Stormarn	149	17 218	432	105 918	93 568	477
Schleswig-Holstein	1 533	167 428	3 177	1 290 818	1 106 535	424

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 7. 1986 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 30. 6. 1986			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 11. 1986	Kurzarbeiter Monatsmitte November 1986	offene Stellen 30. 11. 1986	Schweine insgesamt am 1. 8. 1986	Rindvieh am 3. 6. 1986	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 612,7	+ 4,8	- 0,0	108	11,9	3,7	1 768	1 594	490
Hamburg	1 575,7	- 12,2	- 0,6	93	4,3	4,3	8	14	3
Niedersachsen	7 194,3	+ 1,6	- 0,1	296	22,8	14,9	7 739	3 483	1 099
Bremen	657,5	- 9,0	- 0,9	40	5,7	1,9	9	23	5
Nordrhein-Westfalen	16 665,3	- 1,5	- 0,1	691	61,8	32,4	6 572	2 075	608
Hessen	5 531,3	+ 2,8	+ 0,0	144	9,8	12,8	1 286	882	281
Rheinland-Pfalz	3 610,4	- 1,0	- 0,2	109	8,7	6,5	686	639	221
Baden-Württemberg	9 295,1	+ 4,5	+ 0,5	186	30,7	31,6	2 429	1 815	664
Bayern	10 993,4	+ 4,9	+ 0,3	266	28,7	27,7	4 411	5 210	2 025
Saarland	1 043,4	- 6,8	- 0,5	50	14,1	2,0	47	71	24
Berlin (West)	1 868,7	- 12,0	+ 0,9	84	6,3	7,7	3	1	0
Bundesgebiet	61 047,7	+ 0,7	+ 0,1	2 068	204,9	145,4	24 959	15 806	5 419

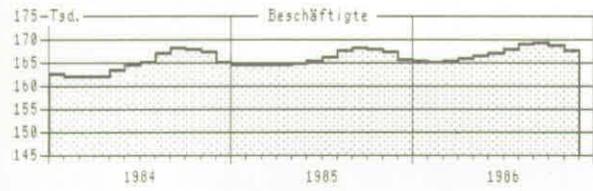
Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾			Wohnungswesen im August 1986	
	Beschäftigte am 30. 9. 1986 in 1 000	Umsatz ²⁾ im September 1986		Beschäftigte am 31. 8. 1986		zum Bau genehmigte Wohnungen		
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	
Schleswig-Holstein	169	3 436	25	41	16	601	2,3	
Hamburg	140	5 460	13	24	15	289	1,8	
Niedersachsen	657	13 523	33	113	16	1 745	2,4	
Bremen	77	1 951	32	10	16	136	2,1	
Nordrhein-Westfalen	1 986	35 223	28	228	14	4 245	2,5	
Hessen	637	9 950	29	90	16	1 934	3,5	
Rheinland-Pfalz	371	7 047	34	63	17	1 470	4,1	
Baden-Württemberg	1 439	24 341	32	176	19	3 758	4,1	
Bayern	1 367	22 083	33	238	22	5 185	4,7	
Saarland	140	2 370	31	16	15	266	2,5	
Berlin (West)	165	4 078	11	33	18	695	3,7	
Bundesgebiet	7 149	129 463	29	1 032	17	20 324	3,3	

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7. 1986			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im September 1986				Bestand an Spar- einlagen 7) am 31. 8. 1986 in DM je Einw.	Steuereinnahmen			
	ins- gesamt in 1 000	pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		31. 8. 1986 in DM je Einw.	des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner									
		im 2. Vierteljahr 1986 in DM je Einwohner										
Schleswig-Holstein	1 291	1 107	424	1 571	30	1 960	127	6 956	551	456	...	
Hamburg	672	605	...	939	8	1 204	129	10 275	911	3 940	...	
Niedersachsen	3 649	3 103	...	3 672	120	4 644	130	8 685	538	482	...	
Bremen	288	259	...	391	5	433	112	9 666	605	1 228	...	
Nordrhein-Westfalen	8 049	7 185	...	7 470	116	9 352	127	9 495	625	985	...	
Hessen	3 011	2 615	...	2 873	68	3 638	129	10 599	667	851	...	
Rheinland-Pfalz	2 001	1 688	...	1 939	53	2 560	135	10 007	546	543	...	
Baden-Württemberg	5 018	4 262	...	4 820	142	6 400	136	11 051	689	862	...	
Bayern	6 005	4 910	...	5 909	236	7 929	138	11 253	634	667	...	
Saarland	532	475	...	503	11	661	134	9 117	547	595	...	
Berlin (West)	747	656	...	1 098	10	1 321	121	8 766	514	1 793	...	
Bundesgebiet	31 262 ^{a)}	26 865 ^{a)}	...	31 432	817	40 383	131	9 968	624	886	...	

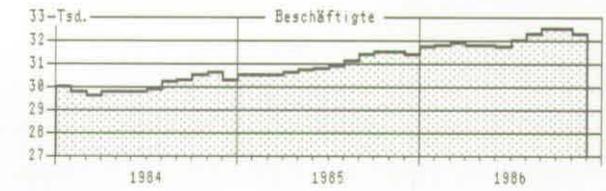
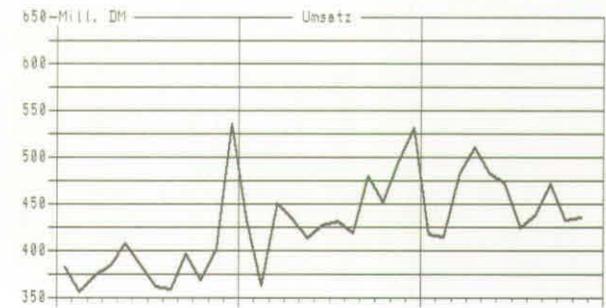
*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
 7) ohne Postspareinlagen
 a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Verarbeitendes Gewerbe

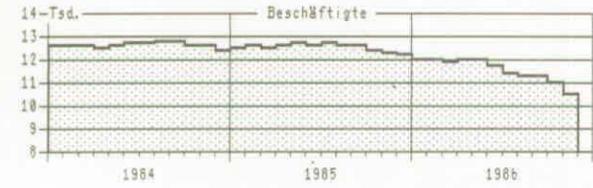
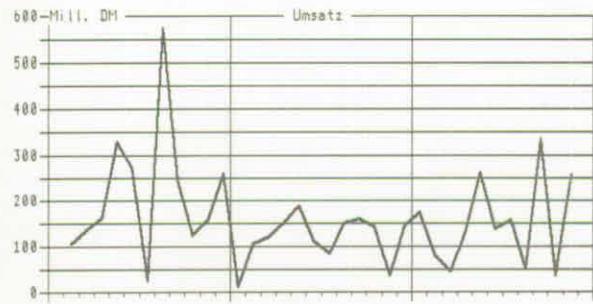
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



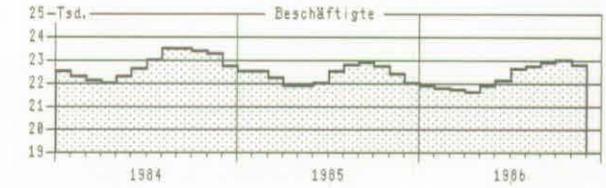
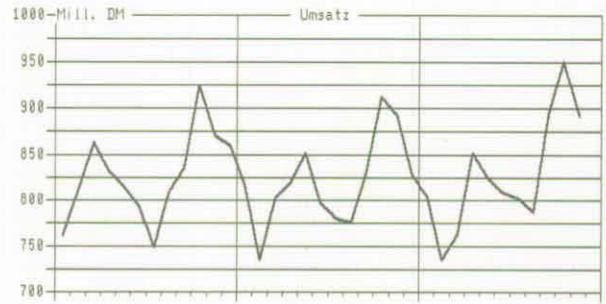
darunter Maschinenbau



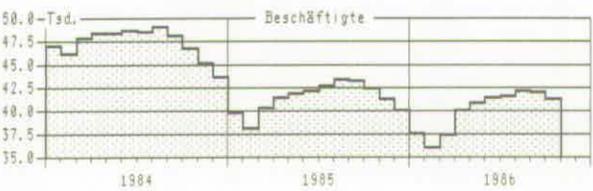
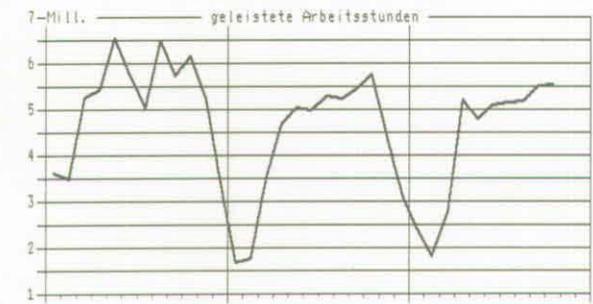
darunter Schiffbau



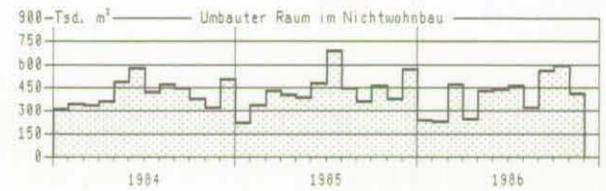
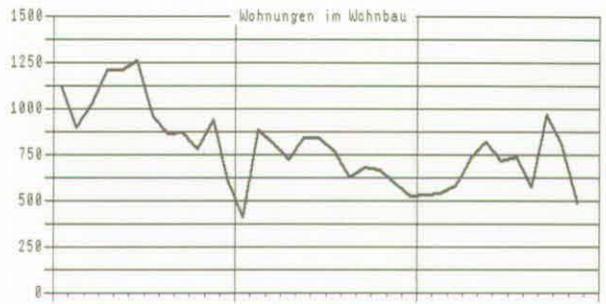
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (0431) 68951
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtener Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -